62. Dienstag den 13. März 1860. 62.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1½ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 13. März. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Hausvater Ludwig Noack beim Friedrichs-Stift zu Berlin das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Professor, Universitäts-Prediger und Stadtpfarrer Dr. Plitt in Heidelberg zum ordentlichen Professor in der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität in Bonn und zum Universitäts-Prediger daselbst zu ernennen; dem praktischen Arzte Dr. Nitzsche zu Jauer den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen; so wie den Major a. D. Albert von Frankenberg-Proschlitz zu Charlottenburg, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl gemäß, als Beigeordneten der Stadt Charlottenburg für die gesetzliche sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen; ferner dem ordentlichen Professor an der Universität zu Bonn, Dr. Welcker, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein Königlicher Hoheit ihm verliehenen Kommandeur-Kreuzes zweiter Klasse des Ludwig-Ordens, so wie des von des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha Hoheit ihm verliehenen Kommandeur-Kreuzes erster Klasse des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens zu ertheilen.

Der bisherige Gewerbeschul-Lehrer Albert Grell zu Halle ist zum ordentlichen Lehrer an der Musterzeichnenschule zu Berlin ernannt worden; der bisherige Kreisrichter Wippermann zu Karlsruh ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Torgau, und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Naumburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Torgau, ernannt worden.

Der Kreisphysikus Dr. Gall zu Kempen ist nach Posen versetzt; so wie der praktische Arzt 2c., Kreisphysikus Dr. Wossidlo, zum Kreisphysikus des Kreises Schildberg ernannt; und die Anstellung des Lehrers Dr. Schorn zu Münster und des Gymnasial-Hülfslehrers Dr. Lauffs zu Koblenz an der Realschule zu Köln, des ersteren als Oberlehrer, des letzteren als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha ist von Koburg hier angekommen.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Dienstag, 13. März, Morgens. In der so eben beendigten Nachtsitzung des Unterhauses theilte Lord Russell mit, Lord Cowley habe bei der französischen Regierung angefragt, in welcher Weise der Kaiser die Mächte in Betreff der Frage wegen Annexion Savoyens und Nizza's zu konsultiren gedenke. Die Antwort werde erwartet. — Bei der Abstimmung über die beantragte Abschaffung des Papierzolles erklärten sich 245 Stimmen dafür, 192 dagegen.

(Eingeg. 13. März 11 Uhr 40 Min. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 12. März. [Piemonts Stellung zu Frankreich; die savoyische Frage und die Großmächte; parlamentarische Situation.] Graf Cavour hat nicht gesäumt, sein Programm in die Oeffentlichkeit zu bringen: es ist das der Doppel-Annexion. Piemont verlangt volle Freiheit der Bewegung in Mittelitalien, um seine Herrschaft über die im Aufstande begriffenen Provinzen auszudehnen, und will unter dieser Bedingung in Savoyen und Nizza eine Abstimmung über die Angehörigkeitsfrage geschehen lassen. Es mag immerhin noch in den geheimen Hoffnungen Cavours, und vielleicht auch des britischen Kabinets, liegen, daß die Volksstimme sich gegen Frankreich aussprechen werde, aber jedenfalls kann man sich der Vermuthung nicht entschlagen, daß der Kaiser Napoleon und König Victor Emanuel ein schon lange heimlich abgekartetes Spiel zur Ausführung bringen. Es versteht sich von selbst, daß Napoleon, da er in der Hauptsache am Ziele seiner Wünsche steht, in Betreff Mittelitaliens sich auf ein passives Schmollen beschränken und Cavour mit der Gesammtannexion experimentiren lassen wird. Einstweilen scheint durch die Enthaltsamkeit Oestreichs die Gefahr eines Zusammenstoßes nicht drohend. Sollte dennoch eine neue Krisis hereinbrechen, so wird Frankreich natürlich wieder Veranlassung finden, um im Trüben zu fischen.

In diesen Tagen erwartet man von Seiten des Tuilerienkabinets eine amtliche Kundgebung in Betreff der Absichten Frankreichs auf die Alpengebiete. Die Hoffnung auf einen energischen Schritt der europäischen Mächte gegen die napoleonischen Gelüste verflüchtigt sich immer mehr. Das tiefe Mißtrauen gegen die Politik Frankreichs ist ohne Zweifel in unseren Regierungskreisen nicht minder stark, als in den Herzen des Volkes. Aber es gewinnt den Anschein, daß Preußen, wenn es irgend eine thatsächliche Kundgebung seiner Verstimmung beschließen sollte, ganz allein stehen würde. Oestreich, schon durch seine Erschöpfung zu einer passiven Resignation verdammt, sieht die Besorgnisse seiner Nachbarn vor dem wachsenden Ehrgeize Napoleons mit einer Art von Schadenfreude, Rußland kann um der orientalischen Verhältnisse willen die französische Bundesgenossenschaft nicht gut entbehren, England endlich, so lange es der launenhaften Führung des Palmerston-Russellschen Kabinets folgt, wird schwerlich gegen den Kaiser der Franzosen auftreten, so lange derselbe den Lieblingsideen und den Handelsinteressen der Briten Zugeständnisse macht. — Ueber das Schicksal der Heeresvorlagen läßt sich noch immer kein bestimmtes Urtheil geben. Die Meinungen im Schooße der Kommission gehen noch so vielfach auseinander, daß die Grundlagen eines allgemeinen Kompromisses schwer zu finden sein dürften. Wenn eine Verständigung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, die man noch immer erwartet, mit der Regierung erfolgt, so wird eine Spaltung der liberalen Partei kaum zu vermeiden sein.

☾ Berlin, 12. März. [Kaiserin Mutter von Rußland; hohe Gäste; vom Hofe; Verschiedenes.] Aus Nizza ist heute die Nachricht hier eingegangen, daß die Kaiserin Mutter bis Anfang Juni d. J. daselbst ihren Aufenthalt zu nehmen und alsdann die Rückreise nach Petersburg anzutreten gedenke. Ihren Weg beabsichtigt sie über Stuttgart, Karlsruhe und Weimar zu nehmen und einige Zeit im Schlosse Sanssouci zum Besuche Ihrer Majestäten zu verweilen. Der Aufenthalt in Nizza soll auf den Gesundheitszustand der Kaiserin Mutter ganz wohlthätig einwirken. — Am Mittwoch früh trifft, wie schon gemeldet, der Großfürst Nikolaus, von Breslau kommend, hier ein. Nach den neuesten Reisedispositionen will derselbe sich nur bis Abends 6½ Uhr hier aufhalten und dann auf der Anhalter Bahn über Weimar, Karlsruhe, Stuttgart die Reise nach Nizza fortsetzen. Nach den erst heute Abend dieserhalb eingezogenen Erkundigungen lautet das Reiseprogramm in dieser Weise und sind auch die betreffenden Eisenbahndirektionen darauf hin instruirt worden; allein am Hofe trägt man sich mit der Hoffnung, den hohen Gast noch bis zum folgenden Tage hier zu fesseln. Am Mittwoch Mittag wird der Großfürst der Königin im Schlosse Sanssouci einen Besuch machen. Zu seinem Empfange werden am Mittwoch früh auf dem Bahnhofe sein der Prinz August von Württemberg, der russische Gesandte Baron v. Budberg und der Militärbevollmächtigte General Graf Adlerberg. Heute Vormittag ist der Herzog von Gotha zum Besuche hier eingetroffen und begab sich bald darauf zum Prinz-Regenten, mit dem er eine längere Unterredung hatte. Während der Prinz-Regent mit den Ministern v. Auerswald, v. Schleinitz und v. Roon arbeitete und darauf sich von den Geheimräthen Illaire und Costenoble und von dem Direktor im Ministerium des königlichen Hauses Vortrag halten ließ, empfing die Frau Prinzessin den Besuch des Herzogs, der alsdann auch bei den übrigen Mitgliedern der königlichen Familie und dem Fürsten von Hohenzollern vorfuhr. Ihm zu Ehren war Nachmittags 5 Uhr im Palais des Prinz-Regenten Tafel, an der die Prinzen und Prinzessinnen des hohen Königshauses, der Fürst und die Fürstin, der Prinz Karl und die Prinzessin Marie von Hohenzollern und andere fürstliche und hochgestellte Personen erschienen; der Vertreter der sächsischen Herzogthümer am hiesigen Hofe, Graf Beust, und die militärischen Begleiter des Herzogs hatten ebenfalls Einladungen erhalten. Der Herzog wird, wie ich höre, einige Tage am Hofe zum Besuch verweilen. Die Anwesenheit des Herzogs hat unter unseren „Deutschen" eine freudige Aufregung hervorgerufen und ich höre von einer Deputation, die den hohen Gast morgen im Hotel de St. Petersburg, wo er abgestiegen ist, begrüßen will. Von seinem Besuch soll man gestern schon bei dem Festessen Kenntniß gehabt haben, das dem hier anwesenden hannoversch en Abgeordneten v. Bennigsen zu Ehren in Arnims Hotel stattfand. Bei demselben wurden viele Toaste ausgebracht und interessante Reden gehalten. — Das Hoch auf den König und den Prinz-Regenten brachte der Abg. Reimer aus, und Dr. Veit, ebenfalls Mitglied des Abgeordnetenhauses, das durch die Fraktion Vincke vertreten war, ließ den Gast v. Bennigsen hochleben. Prof. Mommsen brachte das Hoch auf das Ministerium Hohenzollern-Auerswald aus, das zwar noch nicht allen Erwartungen entsprochen habe, aber dabei doch im Vollbesitz des Vertrauens des preußischen Volks sei, weil dasselbe dessen schwierige Stellung wohl erkenne. Als Redner traten noch auf Dr. Wehrenpfennig, Advokat Lehmann, Prof. Virchow und Dr. Riesser. Die Festversammlung war in sehr animirter Stimmung und schien eines Erfolges ihrer Bestrebungen gewiß. — So weit bis jetzt bestimmt, soll am Mittwoch im Palais des Prinzen Friedrich Wilhelm die bereits wiederholt erwähnte Theatervorstellung stattfinden, da die bisher abgehaltenen Proben ein tüchtiges Ensemble erwarten lassen. Zur Darstellung sind die beiden Lustspiele „Nehmt ein Exempel dran," und „Das Schreckensgewebe" gewählt; in dem letztern florirte vor Zeiten auf der Königsstadt der Komiker Beckmann. Die Bühne ist schon seit mehreren Tagen in dem großen Saale des prinzlichen Palais aufgeschlagen und haben auf derselben auch die Proben stattgefunden. — Der Prof., Geheimrath Frerichs, welcher vor einigen Tagen an das Krankenbett des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz gerufen wurde, ist gestern von Neustrelitz hierher zurückgekehrt. Der Zustand des hohen Patienten soll wegen seines hohen Alters wenig Aussicht auf eine Wiederherstellung geben. — Heute Vormittag hatte der Minister v. Auerswald eine längere Konferenz mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Prof. Simson. Man vermuthet, daß die Vorlage, betreffend die Armee-Organisation, Gegenstand der Unterredung war. — Wie bekannt, ist in Sanssouci der erste Flügel des neuen großartigen Orangeriehauses bereits im Rohbau vollendet. Jetzt ist Befehl gegeben worden, denselben auch noch in diesem Jahre so stehen zu lassen, damit das Mauerwerk gehörig austrockne; dagegen soll nunmehr, sobald die Witterung es gestattet, der Bau des zweiten Flügels in Angriff genommen werden. Mit der Leitung des Baues ist der Regierungs- und Baurath Hesse beauftragt und die Maurerarbeiten führt der Hof-Maurermeister Petzold aus. — Die Frau Prinzessin von Preußen wohnte heute Abend dem Vortrag des Konsistorialraths Bachmann „über das Leben und die Wirksamkeit des zu Speners Zeit an der St. Nikolaikirche hierselbst thätigen Pastors Schade" in dem Saale des evangelischen Vereins bei.

— [Entgegnung auf die sächsische Note.] Die Erwiderung des sächsischen Ministers v. Beust auf das preußische Promemoria in Sachen der Bundeskriegsverfassung hat bereits eine preußische Beantwortung erfahren. Die preußische Regierung verzichtet darin, wie die „N. P. Z." hört, auf weitere politische Betrachtungen und spricht ihr Verharren bei ihren früher aufgestellten Ansichten aus.

— [Obertribunalsentscheidungen.] Das Obertribunal hat neuerdings folgende Präjudikate gefällt: 1) Ist in dem ersten Theile eines sich als Wechsel ankündigenden Schriftstücks eine bestimmte Verfallzeit und Summe angegeben, während der zweite Theil desselben diese Bestimmtheit fraglich macht, so ist ein gültiger Wechsel nicht vorhanden. 2) Nur die zur Zeit eines Prozeßaktes vorhandenen Mitglieder des Verwaltungsrathes einer Aktiengesellschaft sind zur Vornahme dieses Aktes berechtigt. Daher ist der in einem rechtskräftigen Erkenntnisse den wenngleich ihrem Namen nach einzeln bezeichneten Mitgliedern des Verwaltungsraths auferlegte Eid nur von denjenigen zu leisten, welche zur Zeit der Eidesleistung wirklich aktuelle Mitglieder des letzteren sind. 3) Der §. 393 der Konkursordnung ist nicht auf den Fall zu beschränken, wenn die mehreren Grundstücke demselben Eigenthümer und derzeitigen Exequenden gehören. 4) Auch die Einrede der Verletzung über die Hälfte verjährt innerhalb der Frist des §. 343 Th. I., Tit. 5, somit also bei Landgütern innerhalb dreier Jahre, bei städischen Grundstücken innerhalb eines Jahres, bei beweglichen Sachen innerhalb sechs Monate, nach Empfang der Sache. 5) Die Vorschrift des §. 301 Th. I. Tit. 11 Allg. Landrechts, nach welcher die Schuld, so weit die Kompensation reicht, für erloschen zu achten, sobald die Gegenforderung, durch welche die Kompensation gesetzmäßig begründet wird, entstanden ist, bleibt dann ausgeschlossen, wenn die Cession vor Eintritt der Fälligkeit der Gegenforderung erfolgt und bekannt gemacht ist. Daher kann der Schuldner der zedirten Forderung gegen den Zessionar mit einer ihm an den Zedenten desselben zwar bereits vor der Bekanntmachung der Zession zugestandenen, jedoch erst später fällig gewordenen Wechselforderung nicht kompensiren. 6) Eine Anzahl Kaufleute war bei dem Konkurse eines auswärtigen Handlungshauses betheiligt und zedirte zum Zweck der Vereinfachung des Inkassogeschäfts in einem Schriftstück insgesammt an einen im Wohnorte des Konkursifex ansässigen Kaufmann. Das Schriftstück war auf einem Stempelbogen über 15 Sgr. lautend ausgestellt. Auf desfallsige Denunziation wurden 26 Zedenten ein Jeder in eine Geldstrafe von 2 Thlrn. genommen und angewiesen, einen Stempel von 15 Sgr. zu jeder einzelnen Zession nachzubringen. Das Obertribunal hat dieses Urtheil bestätigt.

Breslau, 12. März. [Aufhebung der Grenzsperre.] Wie das neueste Liegnitzer „Amtsblatt" meldet, ist nach Mittheilung der kaiserlichen Statthalterei zu Prag, das Verbot des Einlassens von Rindvieh und giftfangenden Gegenständen aus den diesseitigen Staaten in das Königreich Böhmen wieder aufgehoben worden. (Br. Z.)

Danzig, 10. März. [Marine.] Heute wurde vom Kapitän z. S. Donner die „Gazelle" im Dock besichtigt. Im Laufe des Tages findet das Auseisen und Herausbringen des Schiffes aus dem Dock statt. (Danz. D.)

Dortmund, 11. März. [Beschlagnahme.] Auf Requisition der Staatsanwaltschaft wurden von der zuständigen Polizeibehörde die noch vorräthigen Exemplare der letzten Nummer des „Dortmunder Anzeigers" mit Beschlag belegt. Zu diesem Einschreiten soll, wie wir hören, der erste Artikel: „Die französische Thronrede und die Vermehrung des stehenden Heeres in Preußen", in der gedachten Nummer Anlaß gegeben haben. (Westf. Z.)

Erfurt, 11. März. [Konskription.] Das Ergebniß der in diesen Tagen hier stattgehabten Kreisersatzaushebung ist, nach den darüber eingezogenen Erkundigungen, kein günstiges zu nennen gewesen, denn man hat, nach der neuen Aushebungsinstruktion, durchschnittlich nur 25 Proz. der Militärpflichtigen brauchbar gefunden. (E. Z.)

Insterburg, 11. März. [Gewerbeverein.] In der letzten Versammlung des Gewerbevereins wurde der Bescheid der königlichen Regierung zu Gumbinnen mitgetheilt, den dieselbe auf die Anfrage des Vorstandes gegeben: „ob der hiesige Gewerbeverein als ein politischer Verein betrachtet werden dürfe." Mit Rücksicht auf Paragraph 1 des Vereinsstatuts, nach welchem der Verein sich die Aufgabe stellt: „durch Belebung eines regeren Geistesverkehrs dem Gewerbestande zu einem richtigen Verständniß seiner Stellung in der Gesellschaft zu verhelfen, in ihm ein edles Selbstbewußtsein zu erwecken und seine geistige, wie auch materielle Lage durch alle Hülfsmittel gesetzlicher Verbindung gedeihlicher zu gestalten", erklärt die königliche Regierung den Verein für einen politischen, auf welchen der §. 2 des Vereinsgesetzes Anwendung finden müsse. (D. Z.)

Königsberg, 11. März. [Petition.] Die ostpr. landwirthschaftliche Zentralstelle hat sämmtlichen Haupt- und Zweigvereinen in Ost- und Westpreußen eine Petition an den Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten zur Mitunterzeichnung vorgelegt. Dieselbe hat Hebung des Realkredits zum Zweck und betrifft eine wesentliche Abänderung in der Gesetzgebung für das Hypotheken- und Subhastationswesen, indem geeignete Vorschläge zur Einrichtung eigener Hypothekenbehörden und zur Abkürzung des bisher so schleppenden Subhastations-Verfahrens gemacht werden. (K. H. Z.)

Oestreich. Wien, 11. März. [Die Verstärkung des Reichsraths.] Die vorgeschlagene Zusammensetzung des verstärkten Reichsraths ist nicht geeignet, die Unpopularität dieses Körpers zu beseitigen. Denn nicht nur, daß der hohe Klerus, der bisher noch nicht in den Reichsrath Eingang gefunden, nunmehr ausdrücklich in denselben aufgenommen zu werden bestimmt ist, werden die von den Landesvertretungen vorzunehmenden Wahlen, in denen der Geistlichkeit und dem großen Grundbesitze der entscheidende

Einfluß vorbehalten bleibt, jedenfalls nur den Interessen dieser beiden Stände zusagen. Wir sehen hierbei gänzlich von dem Umstande ab, daß eine Betheiligung an dem Wahlakt, nicht einmal in sämmtlichen Provinzen, wie sogar mit einiger Wahrscheinlichkeit, namentlich in den ungarischen mit Bestimmtheit vorausgesetzt werden dürfte. In dieser Hinsicht ist der Umstand beachtenswerth, daß für die für den Monat Mai angeordnete Einberufung des verstärkten Reichsrathes, bis zur Aktivirung der Landesvertretungen, eine entsprechende Anzahl von Männern, welche durch ihre Stellung und Eigenschaften hierzu befähigt, beigezogen werden sollen. Auf diese Weise wird die erste Versammlung, insofern sie vollzählig zusammenkommen sollte, ausschließlich nur aus von dem Kaiser ernannten Mitgliedern bestehen, und sich in ihrer Wesenheit in nichts von dem bisherigen Reichsrath unterscheiden. Welchen Anklang aber ernannte Vertrauensmänner überhaupt finden, darüber haben die Berathungen über die Gemeindeverfassungsentwürfe in allen Provinzen einen hinlänglichen Beleg geliefert. Dadurch werden auch schon sämmtliche Mitglieder auf die erste sechsjährige Periode bestimmt. Da aber für die Einberufung der Landesvertretungen noch kein Zeitpunkt, wenn auch ein noch so entfernter, bestimmt worden, erheben sich auch schon Zweifel, ob nicht vielleicht auch diese vollends vertagt werden könnte. Irgend eine Initiative ist dem Reichsrath bekanntlich ausdrücklich entzogen, und damit dessen Bedeutungslosigkeit ausgesprochen. Die Erwartungen, welche man auf das Erscheinen dieses Patentes gesetzt, waren übrigens nur geringe. Man hatte indessen immerhin doch einigen Bestimmungen entgegengesehen, welche dem verstärkten Reichsrath wenigstens den Ministerien gegenüber eine gewisse Selbständigkeit zuerkennen und doch für bestimmte Fälle eine Initiative verleihen würden. So ist derselbe durch Hinzuziehung hochkirchlicher und anderer reaktionärer Bestandtheile unverkennbar nur zu einem komplizirten Werkzeug der unumschränkten Regierungsgewalt umgeändert worden. Die Enttäuschung war daher, ungeachtet der ohnehin auf das bescheidenste Maaß herabgestimmten Hoffnungen, eine ungewöhnliche, und die Gemüther tief erfassende. Namentlich aber hat die von der „W. Z.“ in ihrem nicht amtlichen Theil gebrachte Erklärung, „daß dieser Akt der Gesetzgebung den Schlußstein der Organisation andeutet, die mit den Berathungen über die Gemeindeordnung begonnen“, einen sehr schwer zu beschreibenden Eindruck hervorgerufen. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Stimmung seit der Publikation des Patentes viel gedrückter geworden. Man darf sich hierüber keinen Illusionen hingeben. In der That ist den bis dahin noch zum großen Theil bestandenen Hoffnungen auf Verleihung einiger, wenn auch engbegrenzter, repräsentativer Institutionen nunmehr ein Ende gemacht. Allgemein frägt man sich aber, wie es der Regierung gelingen werde, die Finanzbedürfnisse für das laufende Defizit herbeizuschaffen, ohne zu Zwangsmaaßregeln ihre Zuflucht zu nehmen. Denn der Abschluß einer Anleihe erscheint unter den bestehenden Verhältnissen nachgerade kaum möglich. (Sp. Z.)

— [Ueber den Selbstmord des FML. Eynatten] werden folgende Details angegeben. Der Selbstmörder hatte das innere Fenster seiner Zelle mit einer Bettdecke verhängt und nachher die Schnüre seiner Ulanenuniform benützt, um sich aufzuhängen. Schon hängend hatte er sich eine lange goldene Nadel in die Brust und zwar in der Herzgegend eingestoßen. Sein Todeskampf muß ein schneller gewesen sein, namentlich wenn es ihm gelungen, sein Herz selbst zu treffen. Auf dem Boden unter seinen Füßen waren einzelne Bettstücke aufgebreitet. Er hinterläßt drei Söhne und ein vierjähriges Töchterchen. Von den Söhnen hat einer bei Magenta das Augenlichteingebüßt, ein zweiter dient bei den Civalartulanen, ein dritter, ebenfalls Offizier, wird seit einigen Tagen vermißt. Das aus 14 Offizieren unter dem Vorsitze des Fürsten Franz Liechtenstein zur Untersuchung der Eynatten'schen Angelegenheit eingesetzte Kriegsgericht hat, wie man vernimmt, die Genugthuung, bestätigen zu können, daß kein Militär- oder Zivilbeamter an der schweren Schuld kompromittirt erscheint. (?) Anders soll es sich leider dagegen mit mehreren nicht beamteten Personen aus der Geschäftswelt verhalten; dem Vernehmen nach haben unter diesen bereits Verhaftungen stattgefunden. Zu diesen on dit's kommt noch die Angabe, Eynatten habe seine letzte Reise dazu benützt, um 80,000 Fl. im Auslande zu placiren; auf der Reise selbst habe er 10,000 Fl. verausgabt; er war durch mancherlei, namentlich durch häusliche Motive bekanntermaaßen zu übergroßem Aufwand veranlaßt gewesen. (Br. Z.)

— [Das Verhältniß zu Frankreich] hat sich, wie ich bestimmt versichern zu dürfen glaube, in den letzten Tagen wesentlich freundlicher gestaltet. Der Constitutionnelartikel über die Bedeutung des kaiserlichen Patents Betreffs der Verstärkung des Reichsrathes ist ein unzweideutiges und fast demonstratives Symptom der veränderten Stimmung und man ist hier gleichzeitig unterrichtet, daß die Pariser Blätter die Weisung haben, sich der Erörterung der Zustände in Ungarn in der bisher beliebten Richtung durchaus zu enthalten, schwerlich bloß um der Wahrheit die Ehre zu geben. Die Strömungen wechseln schnell in Paris, wie lange die jetzige anhält, läßt sich nicht berechnen. Ich habe nur zu konstatiren, welchen Charakter sie für den Augenblick angenommen. (BHZ.)

— [Verhaftungen.] Die vorgestern Nachmittags erfolgte Verhaftung des ersten Direktors der Kreditanstalt, Franz Richter, des Großhändlers Löwenthal und anderer namhafter Zivil- und Militärpersonen bildet heute begreiflicherweise in den weitesten Kreisen das Tagesgespäch. Es wird den Verhafteten strafbare Theilnahme an den von dem FML. Frhrn. v. Eynatten begangenen Defraudationen zur Last gelegt, welche sich auf die während des letzten Krieges kontrahirten großartigen Lieferungen von Vieh, Getreide und Baumwoll-Artikeln (letztere aus der dem Direktor Richter eigenthümlichen Spinnfabrik) erstreckt haben sollen. Eynatten hat sich inzwischen, wie bereits gemeldet, durch Selbstmord seiner Strafe entzogen; die Untersuchung soll aber nicht nur seine Mitschuld an den genannten Vergehen, sondern auch, wie von sonst glaubwürdiger Seite versichert wird, ein verrätherische Korrespondenz, welche er während des italienischen Krieges mit dem Feinde gepflogen, an den Tag gebracht haben. Direktor Richter ist erst vor Kurzem „wegen seiner Verdienste um das Vaterland“ in den östreichischen Ritterstand erhoben worden (derselbe war bis zum Jahre 1857 zweiter Bürgermeister von Prag); kein Wunder, wenn seine Verhaftung eine allgemeine Verstimmung und die ernstesten Bedenken gegen die Leitung der Militär-Approvisionirungsbranche wachgerufen hat. Man spricht von nicht weniger als 85 Offizieren, welche bei den Unterschleifen betheiligt sein sollen, und es ist zu wünschen, daß, wenn anders der Verbreitung solcher übertriebener Gerüchte ein Damm gesetzt werden soll, die Ergebnisse der Untersuchung baldmöglichst von authentischer Seite der Oeffentlichkeit übergeben werden mögen. (Schl. Z.)

Bayern. München, 10. März. [Belohnung.] Der König hat dem verdienstvollen Erfinder des neuen Infanteriegewehrs, Oberstlieut. v. Podewils, einen Ehrenbelohnung von 15,000 Fl. aus der Kabinetskasse gewährt.

— [Der König Max] ist heute Morgen 5 Uhr nach Montreux am Genfersee abgereist, um einige Wochen daselbst zu verweilen. Die Reise geht heute über Lindau, Zürich nach Aarau und morgen bis Montreux. (N. M. Z.)

Speyer, 11. März. [Arbeiter nach Frankreich.] Seit einigen Tagen begeben sich Tagelöhner und sonstige Arbeiter in großer Anzahl nach Hagenau im Elsaß, um nach ihrer Angabe bei den dortigen Festungsarbeiten Verdienst zu suchen. (Hagenau, gegenüber von Rastatt, war bisher nur ein Standquartier für Reiterei.)

Württemberg. Stuttgart, 11. März. [Kriminalprozeß.] Ueber die Entdeckung der Thäters des in Nr. 60 berichteten brutalen Ueberfalls meldet der „Beobachter“ Folgendes: „Die Urheber sind entdeckt. Schon wenige Stunden nach dem Vorfall wurde vom königl. Kriminal-Amt Graf Saurma-Jeltsch, gegen welchen zunächst der Verdacht vorlag, vorgerufen, von dem Verletzten aber nicht als Thäter erkannt. Nun wurden in rascher Aufeinanderfolge die Zeugen abgehört. Die Aussagen der Hausbewohner, dann der Frau eines Schirm-Fabrikanten, welche den zurückgelassenen Schirm als Eigenthum des Dreifus'schen Hauses erkannte, besonders aber die Aussage eines hiesigen Bürgers, welcher die beiden Bankierchefs David Haas und Dreifus zur entsprechenden Zeit in der Richtung gegen die Wohnung des Redakteurs gehen sah, ebenso die als Zeugen berufenen Hausbewohner begründeten den Verdacht, daß jene die Schuldigen seien. Dieselben haben bei der mit ihnen vorgenommenen Abhör die That einbekannt, und sind, da ihre Angaben in Einzelheiten von denen des Redakteurs abweichen, letzterem gegenübergestellt worden. Der Bankierchef David Haas behauptete, der Redakteur habe wörtlich und thätlich ihn zuerst angegriffen; dieses Bild schwebe ihm vor Augen. Auch legte er die zwei neuesten Nummern des „Beobachters“ und ein anderes Zeitungsblatt dem Untersuchungsrichter vor mit dem Bemerken: es sei ein wahrer Kreuzzug der Presse gegen seine Familie. (Die Familie wurde im „Beobachter“ nicht mit einer Silbe beleidigt, sondern nur vom alten Grafen Saurma ein neues Beispiel von Judenhaß erzählt.) Hopf bestätigte eidlich die von ihm bei der Klageerhebung gemachte Aussage, daß Haas ihn in seinem Zimmer meuchlerich überfallen habe. Haas ist in Anklagestand versetzt und ihm eine achttägige Vertheidigungsfrist gegeben, worauf sodann das Erkenntniß gefällt wird. Einstweilen wird die Untersuchung gegen den Dreifus fortgesetzt. Der Antrag ist auf Bestrafung wegen im Komplott verübten Hausfriedensbruches verbunden mit Körperverletzung gestellt worden.

Baden. Karlsruhe, 11. März. [Konkordat; Presse; Eisenbahn.] Die Unterschriften der Dankadressen für das Konkordat überschreiten schon die Zahl von 50,000, aus etwa 5—600 katholischen Gemeinden. Geh. Rath und Oberhofrichter Dr. Stabel, Vizepräsident der Zweiten Kammer, hat den Kommissionsbericht über die Konkordalsfrage gefertigt und bereits dem Drucke übergeben. — Nachdem die Regierung den bisherigen Redakteur der „Badischen Landeszeitung“ von dieser Stelle zu entfernen gewußt, sind nun auch an die Staatsanwälte der Hofgerichte strenge Weisungen zur Ueberwachung der Tagespresse in kirchlichen Angelegenheiten durch das Kriegsministerium erlassen worden. Insbesondere ist darin die Stellung der evangelischen und katholischen Geistlichen erwähnt, deren Verunglimpfung ebensowenig wie die der Staatsbeamten gestattet werden könne. — Am 8. wurde der Eisenbahntunnel in Ispringen bei Pforzheim unter großen Feierlichkeiten durchbrochen. Bis zum nächsten Frühjahr ist nun die Eisenbahn bis Pforzheim vollendet. Die Odenwalder Eisenbahn von Heidelberg über Mosbach, Gerlachsheim bis Würzburg ist von der Kammer genehmigt und die Inangriffnahme bis Mosbach beschlossen. (N. P. Z.)

Frankfurt a. M., 11. März. [Die holsteinsche Angelegenheit.] Man könnte sich versucht fühlen, durch die Vorgänge in der neulichen Bundestagssitzung (s. Nr. 59) die holsteinsche Angelegenheit an einem entscheidenden Wendepunkte angelangt zu sehen; und doch glauben wir, eine solche der wirklichen Sachlage vorauseilende Meinung fürs Erste noch für eine Täuschung halten zu sollen, und zwar auf Grund derselben Thatsache, welche gerade jene Annahme zu stützen scheint. Die gestern vor der Beschlußfassung abgegebene Erklärung des dänischen Bundestagsgesandten könnte sich nicht wohl entschiedener gegen Alles, was der Bund zu beschließen im Begriffe stand, verwahren; und es bestätigt sich auch dadurch unsere früher schon geäußerte Ansicht, daß Dänemark die Tragweite der gestellten Anträge recht wohl herausgefühlt und schwerlich geglaubt haben mochte, daß ihm sein eigener Vorschlag die gefährliche Klippe so nahe bringen würde. Auch darin mögen wir uns eben deshalb nicht getäuscht haben, wenn wir in der Annahme der vom Bunde gestellten und wohlbegründeten Bedingungen und Voraussetzungen für ein Eingehen auf die Delegirtenversammlung einen bedeutenden Theil der Lösung selbst im Sinne einer friedlichen und gerechten Gestaltung erblicken wollten. Und was nun, da jene Voraussetzungen von vornherein zurückgewiesen sind, und die von Dänemark auf den gefaßten Beschluß selbst erwartete Erklärung wohl wesentlich dasselbe wiederholen wird? Stehen wir damit vor dem unmittelbaren Eintritt der Bundesexekution? Wir glauben nicht und stützen uns, wie gesagt, auf die dänische Erklärung selbst. Indem sie das Eine, und in hinreichend ungewöhnlicher Weise, that, hat sie offenbar das Andere nicht unterlassen und sich die Thür zu einem geschickten Auswege bereit gehalten, indem sie an die Stelle der fallenzulassenden Delegirtenversammlung rasch die direkte Verhandlung mit den holsteinischen Ständen setzte. Ob dies gegen das ganze Gewicht der Anträge vorhalten mag? Für eine Zeit lang wenigstens, wie wir kaum bezweifeln können, wenn unsere Ansicht überhaupt Grund hat. Am 23. Dezember 1858 wurde dem durch den Bundesbeschluß vom 12. August desselben Jahres eingeleiteten bundesgesetzlichen (Exekutions-) Verfahren einstweilen Abstand gegeben, weil Dänemark versichert hatte, den demnächst zusammentretenden Ständen Holsteins Vorlagen zu machen. Der jetzige Bericht der vereinigten Ausschüsse weist nach, daß Verhandlungen mit den Ständen im Sinne des Beschlusses vom 23. Dezember 1858 eigentlich gar noch nicht stattgefunden haben. Was liegt nun näher, als daß Dänemark jetzt nach dem Auswege greifen wird, nunmehr Verhandlungen im Sinne jenes Beschlusses in Aussicht zu stellen?! Auch scheint Ziffer II. c. des Beschlusses selbst dafür eine leichte Anknüpfung zu bieten. Wir verkennen nicht, daß es der gewichtigen Einwendungen gegen unsre Ansicht genug geben könnte, glauben aber doch kaum zu irren, wenn wir den nächsten Gang der Dinge uns wie eben dargestellt denken. (Pr. Z.)

— [Vom Bunde.] Die Zusammensetzung der Bundestagsausschüsse nach dem gegenwärtigen Stande ist folgende: 1) Reklamations-Ausschuß: Bayern, Baden, Hessen-Darmstadt, Mecklenburg und Oldenburg; 2) politischer Ausschuß: Oestreich, Preußen, Sachsen, Bayern, Hannover, Kurhessen, Hessen-Darmstadt; 3) Ausschuß für Veröffentlichung der Protokolle u. dgl.: Oestreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, thüringische Staaten, Baden; 4) kurhessischer Ausschuß: Oestreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt; 5) Militär-Ausschuß: Oestreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Hessen-Darmstadt; 6) holsteinscher Ausschuß: Oestreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden; 7) Exekutions-Ausschuß: Oestreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hessen-Darmstadt; 8) Ausschuß für ein Bundesgericht: Oestreich, Preußen, Bayern, Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau, Liechtenstein; 9) handelspolitischer Ausschuß: Oestreich, Preußen, Bayern, Hannover, Württemberg, Thüringen, freie Städte; 10) Ausschuß für Angelegenheiten nach Art. 14 der Bundesakte (Mediatisirte): Bayern, Sachsen, Holstein, Mecklenburg, Oldenburg. (W. St. A.)

Hessen. Kassel, 10. März. [Bürgerwahl.] Vorgestern wurde von der II. Wählerklasse an die Stelle des von der Regierung „wegen feindseliger Parteinahme“ beanstandeten Obergerichtsanwalts Henkel Dr. Fr. Oetker, der Redakteur der „Hess. Morgenzeitung“. mit 310 von 315 Stimmen in den ständigen Bürgerausschuß gewählt.

— [Zur Verfassungsfrage.] Wie der „Magdeb. Ztg.“ berichtet wird, hat Hassenpflug, vom Kurfürsten von Hessen aufgefordert, den Rath gegeben, auf die Garantie des Bundes für die hessische Verfassung von 1852 zu verzichten, wodurch das Recht des Bundes, sich in die Angelegenheit zu mischen, beseitigt werde. Auf diese Weise würde der voraussichtliche Bundesbeschluß unwirksam werden und der hessischen Regierung anheimgegeben sein, welche von den Seitens der Stände proponirten Verfassungsänderungen sie genehmigen wolle. (Schlimm genug daß man noch heute wieder einen Hassenpflug zu Rathe zieht! D. Red.)

Mainz, 10. März. [Die Dislokation der preußischen Bundesgarnisonstruppen] ist nun vollendet. Das ganze 34. Regiment hat Mainz verlassen, um nebst dem 1. Bataillon des 38. Regiments fortan den preußischen Besatzungsantheil von Rastatt zu bilden. Statt dessen ist nach Frankfurt das 30. Regiment und hierher der Stab und zwei Bataillone des 38. gekommen. Die hiesige Besatzung an königlich preußischer Infanterie besteht nun aus dem 1. und 3. Bataillon des 37., dem 2. und 3. des 38. und dem 1. und 3. des 39. Regiments. (M. J.)

Nassau. Wiesbaden, 11. März. [Landtag; Militärisches.] Die Zweite Kammer hat die Inbetrachtnahme des Antrags des Abgeordn. Giebeler, daß der nassauische Bundestagsgesandte instruirt werden möge, für Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831 zu stimmen, zum Beschluß erhoben, nachdem ein Verschiebungs-Antrag des Abg. Wirth abgelehnt worden war. — Da die Schwierigkeiten zur Beschaffung der erforderlichen Einsteher für das herzogliche Militär immer mehr wachsen, so hat das Einstandskapital für die Linie auf 600 Fl. und für das Korps der Nonkombattanten auf 450 Fl., neben je 25 Fl. Handgeld, erhöht werden müssen. Ob dieses Mittel die erwünschten Dienste thut, steht dahin, da der überall hohe Arbeitslohn die Lust zum Militärdienst erheblich beeinträchtigt.

Sächs. Herzogth. Meiningen, 11. März. [Polizeistrafgesetz.] Am 6. d. erfolgte im Landtage die Abstimmung über das Polizeistrafgesetzbuch. Dasselbe wurde angenommen, jedoch mit den vom Landtage beschlossenen Abänderungen und Zusätzen, zu welch letzteren auch die von der Regierung bekämpfte wichtige Aenderung gehört, daß die Konzessionsentziehung bei Preßerzeugnissen nur vermöge richterlichen Erkenntnisses stattfinden dürfe.

Großbritannien und Irland.

London, 10. März. [Sturm; kleine Notizen.] Die königliche Familie, die gestern Vormittags nach der Insel Wight abfuhr, kam verspätet nach Portsmouth, da der heftige Sturm der Schnelligkeit des Zuges Eintrag that. Auch auf der See stürmte es so gewaltig, daß die königliche Yacht einen harten Kampf zu bestehen hatte, bevor es ihr gelang, aus dem Hafen hinaus zu kommen. Auf der Rhede salutirten die daselbst vor Anker liegenden Kriegsschiffe, darunter 2 Brasilianer, 1 Holländer, 1 Schwede und die preußische Fregatte „Thetis“. Der Sturm hat heute zwar etwas nachgelassen, doch fehlen bis zur Stunde noch alle kontinentalen Posten. Die gestern Morgens fällig gewesene Ostender Post wurde erst um 8 Uhr Abends, und die gestrige französische Post erst heute früh ausgegeben. Im Park von Windsor sollen an 400 schöne alte Ulmen aus dem Boden gerissen worden sein. Auch auf der Themse haben Sturm und Fluth, einander in die Hände arbeitend, vielen Fahrzeugen Schaden zugefügt. — Cobden befindet sich noch immer in Cannes. Am 3. d. schrieb er von dort einem Freunde in Rochdale, daß er sich durch die milde Luft gekräftigt fühle und Anfangs April wieder auf seinem Posten im Unterhause zu sein hoffe. — Der katholische Bischof von Dromore (Irland), der sehr hochwürdige D. Blake, ist im Alter von 85 Jahren vorgestern in Newry gestorben. — Die Irländer hoffen, daß die Geldsammlungen für den Papst gegen 50,000 Pfd. St. ausmachen werden. — In Pembroke wurde vorgestern der „Howe“, das größte Linienschiff der englischen Flotte, vom Stapel gelassen. Es ist 301 Fuß lang, 61 Fuß breit und 65 Fuß tief, hat 3594 Tonnengehalt, bekommt eine Maschine von 1000 Pferdekraft, braucht 1130 Mann zur vollständigen Equipirung und ist auf 121 schwere Geschütze berechnet. — (Die jetzt vor-

liegenden ausführlicheren Berichte über die Parlamentsverhandlungen am 8. und 9. d. enthalten, außer dem, was wir schon telegraphisch darüber mitgetheilt haben, nichts Wesentliches von allgemeinem Interesse. D. Red.)

— [Der Handelsvertrag.] Im City-Artikel der „Times" liest man: „Die Ankündigung, daß der Kaiser Napoleon bereit sei, das Lumpenausfuhrverbot aufzuheben, hat nicht nur unter den Papierfabrikanten, sondern beim Publikum im Allgemeinen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Es giebt noch andere Artikel, in Bezug auf welche eine Erleichterung erhofft wird, und darunter ist Bier. Die Herren J. und R. Tennent aus Glasgow, welche zu den größten Flaschenbier-Exporteurs in Großbritannien gehören, haben sich in einer Petition an Gladstone gewandt und das Versprechen erhalten, daß Schritte geschehen sollen, um die Zulassung von englischem Bier in Frankreich und den französischen Kolonien gegen einen mäßigen Einfuhrzoll zu rwirken."

— [Mißtrauen gegen die napoleonischen Friedensversicherungen.] Aus Paris wird der „Times" von ihrem dortigen Korrespondenten geschrieben: „Sonderbar, wenn immer Kaiser Napoleon sich mit größerem Nachdrucke, als gewöhnlich, über die Segnungen des Friedens vernehmen läßt und den Wunsch ausspricht, sie seinem Lande zu sichern, wird das Zutrauen des Publikums geringer und steigen die Besorgnisse vor einem nahen Zusammenstoße ums Zehnfache. Seit der Kaiser seine Thronrede gesprochen, habe ich kaum 6 Personen getroffen, die nicht fest überzeugt sind, daß es vor Ablauf der nächsten 3 Monate irgendwo Feindseligkeiten geben werde. Und erst vor ein oder zwei Tagen sprach ein gedienter General, der wissen kann, was hinter den Koulissen vorgeht, sich dahin aus, daß es im Frühjahr unvermeidlich Krieg gebe. Es ist traurig, seine guten Absichten (?) allgemein verkannt zu sehen, aber so ist es nun einmal dem Kaiser gegenüber, und nicht einmal der herzrührende Kommentar des Hrn. v. Walewski kann es anders machen."

Frankreich.

Paris, 10. März. [Unterhandlungen mit Piemont; Tagesnotizen.] Zwischen Turin und Paris dauern die Unterhandlungen fort, als wenn die Note des Grafen Cavour gar nicht existirte. Man spricht von verschiedenen Vorschlägen. Auch mit Oestreich soll der Kaiser, einem Gerüchte zufolge, wegen Venedigs unterhandeln und dem Kaiser Franz vorschlagen, ein Vizekönigthum zu Gunsten des Erzherzogs Maximilian zu errichten. Später wird vielleicht auch der sanft entschlummerte Vorschlag wegen einer Konföderation wieder aufwachen. Die sardinische Regierung, die an der Hebung ihrer Flotte arbeitet, hat mehrere französische Marine-Offiziere in ihren Dienst genommen, was mit Bewilligung der hiesigen Regierung geschieht. Man sieht der Ankunft der Denkschrift der römischen Regierung stündlich entgegen, und damit sich nicht wiederhole, was sich mit dem päpstlichen Rundschreiben ereignete, so ist schon jetzt der Befehl in die Departements ergangen, dieses Dokument nicht abzudrucken. — Die letzten Berichte aus Turin melden, daß die Rüstungen in großartigster Weise fortbetrieben werden. Die piemontesischen Truppen haben sich bereits nach Mittelitalien in Bewegung gesetzt, woselbst sie nach dem Bekanntwerden des Resultats der dortigen Abstimmung sofort einrücken sollen. — Das Gerücht ist verbreitet, der Marquis Grimaldi habe die Städte Mentone und Roccabruna an den König von Sardinien laut Vertrag vom 11. Februar d. J. abgetreten. — Der Prozeß, den das „Siècle" und die Nichte des Msgr. Rousseau, ehemaligen Bischofs von Orleans, gegen dessen Nachfolger, den Msgr. Dupanloup, eingeleitet haben, ist wegen Krankheit des Hrn. Berryer, eines der Vertheidiger des angeklagten Prälaten, auf den 15. März vertagt worden. — Poniatowski's neue Oper „Pietro di Medici", die gestern zum ersten Male aufgeführt worden, hat nicht gefallen. Die Dekorationen sind schön, das Ballet hübsch; doch der Text ist uninteressant und die Musik ein leichtes Machwerk, ohne Originalität und künstlerischen Werth.

— [Die Annexion Savoyens.] Wir können es als sicher betrachten, daß die Annexion Savoyens vor sich gehen wird, vielleicht schon binnen heute und vier Wochen, ohne daß irgend eine Schwierigkeit diese Besitzveränderung verhindern oder auch nur aufhalten dürfte. Und dennoch ist es eben so gewiß, daß bis zur Stunde Piemont seine unbedingte vorbehaltslose Zustimmung noch nicht ertheilt hat. Ueber die Stellung der Großmächte zu dieser Angelegenheit weiß man verläßlich, wenngleich noch nicht offiziell, daß, sofern Sardinien, wie zu erwarten ist, einwilligt, von keiner Seite gegen den Akt der Einverleibung ein offener Widerspruch erhoben werden wird. Der Besitzwechsel wird vor sich gehen, wie ein Hauskauf; die Einigkeit der Parteien, d. h. Frankreichs und Sardiniens, schließt jeden Einspruch eines Dritten aus. Das ist der Standpunkt, der hier geltend gemacht werden würde, und gegen den sich aus dem Gesichtspunkte der Legitimität am allerwenigsten etwas einwenden ließe. (?) Ich prophezeie nicht, ich schreibe nur, was ich weiß, und bemerke, daß die Regierung bereits über die Aemter der neuen Departements Verfügung getroffen hat und daß die Frage bereits in Erwägung gezogen ist, ob der Kaiser selbst den Schauplatz seiner neuen Erwerbung, der revendication, sofort besuchen werde oder nicht. Die Frage ist, wie ich glaube, verneinend entschieden. (BHZ.)

— [Die Verhandlungen mit Piemont.] Der Korrespondent der „N. Z." schreibt: Ich möchte der Ansicht widersprechen, daß die jüngsten diplomatischen Schachzüge zwischen Frankreich und Piemont überhaupt nur Komödie seien. Die große Bestürzung, in welcher Graf Arese von hier abgereist ist, beweist allein das Gegentheil. Seinem Einflusse auf den Kaiser sind mehrere Piemont günstigere Abänderungen in dem französischen Programm, wie es noch am 23. v. M. festgestellt war, zu verdanken. Auch scheint er es gewesen zu sein, der die Mittheilung einer ersten, von Thouvenel geschriebenen, weit härteren Depesche an Herrn v. Talleyrand verhindert hat. Der Kaiser wollte für Toscana die Kandidatur des jungen Herzogs von Genua aufstellen. Arese bemerkte, daß dieser Prinz noch ein Kind sei, wenn er sich später verheirathete, so könnten zwei vielleicht für immer getheilte und rivalisirende Linien des Hauses Savoyen in Ober- und Mittelitalien einander gegenübertreten. Der Prinz von Carignan würde sich dagegen wahrscheinlich nie ebenbürtig verheirathen; mithin stände, wenn er in Toscana gewählt würde, für Piemont eher die Aussicht einer späteren Fusion bevor. Der Kaiser ging auf diese Vorstellungen ein und um das Programm für Victor Emanuel noch etwas günstiger zu gestalten, wurde der König für die Statthalterschaft in den Legationen vorgeschlagen, während die erste Depesche die Zukunft dieser Provinz in blanko ließ, und dem Papste die Wahl des Statthalters, jedoch mit Ausschluß Neapels, anheimstellte. Die Weigerungen Thouvenel's dieser ersten, bereits mehreren Personen und besonders dem Grafen Arese vorgelesenen Depesche eine zweite (die veröffentlichte) unterzuschieben, haben zu dem Gerüchte Veranlassung gegeben, der Minister habe dem Kaiser seine Entlassung angeboten.

— [Zur savoyischen Frage.] Zu den merkwürdigsten Zwischenfällen in den italienischen Unterhandlungen gehört der folgende. Der „Moniteur" bringt heute, gleich allen anderen französischen Journalen, aber in offizieller Form, die Depesche des Grafen Cavour, bezüglich der Abtretung Savoyens und Nizza's. Zwischen dem Texte des „Moniteur" und dem der übrigen Journale findet jedoch ein sehr wesentlicher Unterschied statt. Diese Veränderung des Textes fing hier gerade an, das größte Aufsehen zu erregen, als die kaiserliche Regierung für nöthig hielt, den Personen, die sie zu inspiriren pflegt, folgende Version über den Unterschied mitzutheilen. Bei Ueberreichung der Depesche habe der Minister des Auswärtigen erklärt, sie nicht annehmen zu können, wenn dieser Passus nicht wegfiele. Eine telegraphische Anfrage und Antwort habe die Ermächtigung dazu herbeigeschafft. Diese Erklärung wird leider vielleicht unverständlich sein, aber es giebt zunächst keine andere; denn wer möchte annehmen, daß der „Moniteur" aus anderen Gründen die Stelle hinweggelassen. Eine lithographirte Korrespondenz, die ich gestern Abend sah und die nur noch eine Analyse der betreffenden Depesche brachte, machte noch eine andre, sehr bemerkenswerthe, aber eher zu erklärende Veränderung. Sie sagte: „Manifestation à laquelle le vote du parlement nationale donnerait une valeur légale." Die Frage ist nun die: Sollte nach Cavour's ursprünglicher Redaktion, das piemontesische Parlament die Maaßregel des Abstimmens in Savoyen und Nizza anordnen, und hat er durch das Zugeständniß, diese Stelle hinwegzulassen, die Zuratheziehung des Parlamentes selbst geopfert? Dem Kaiser ist das Abschließen von Verträgen ausschließlich eine Prärogative der Krone; ob Victor Emanuel aber zwei Provinzen ohne Zustimmung seines Parlaments zu vergeben sich berechtigt glaubt, ist durch diesen Zwischenfall noch nicht erwiesen. (Pr. Z.)

Paris, 11. März. [Telegr.] Der heutige „Moniteur" enthält das Dekret, durch welches der mit England abgeschlossene Handelsvertrag promulgirt wird. Außerdem veröffentlicht er einen langen Bericht über die Unterzeichnung vorhergegangener Unterhandlungen. — Wie aus Turin vom gestrigen Tage gemeldet wird, hat der dortige Gemeinderath eine Adresse an den König votirt, in welcher er sein Vertrauen zu der von der Regierung hinsichtlich Mittelitaliens befolgten Politik ausspricht. Der Gemeinderath von Lodi hat diesem Entschlusse beigestimmt und der von Mailand wird voraussichtlich folgen. — Aus Florenz wird unter dem heutigen Datum telegraphirt, daß die Geistlichkeit in den toscanischen Städten die Absicht hat, das Volksvotum durch religiöse Feierlichkeiten zu inauguriren. Die unter der Bevölkerung herrschende Begeisterung ist außerordentlich.

Niederlande.

Haag, 10. März. [Neue Militär-Eintheilung.] Eine königliche Ordre vom 25. v. M. setzt eine neue Militäreintheilung fest. Die bisherigen Provinzialkommandanten und die Brigaden der Infanterie werden aufgehoben. Der Staat bildet 7 Militärabtheilungen, und zwar die für die Provinzen Nordbrabant, Geldern und Ober-Yssel; Südholland, Nordholland und Utrecht, Drenthe, Gröningen und Friesland; Seeland und endlich Limburg mit den resp. Standplätzen zu Herzogenbusch, Arnheim, Haag, Haarlem, Gröningen, Vlissingen und Mastricht. Jede dieser Militärabtheilungen wird unter den Befehl eines Generalmajors oder Obersten, ausnahmsweise unter das Kommando eines Generallieutenants, gestellt. Diese Kommandeurs zählen zu dem großen Stab der Armee: sie stehen unmittelbar unter dem Befehl des Kriegsministers. Sie sind mit der Territorialgewalt bekleidet und führen den Befehl über alle in ihrer Abtheilung anwesenden Truppen. Die Inspekteure der Infanterie, Kavallerie und Artillerie werden beibehalten.

Amsterdam, 9. März. [Ministerium; Leichenbegängniß.] Der „N. Amst. C." schreibt: Man versichert im Haag, daß der Graf van Zuijten van Nijevelt, niederländischer Ministerresident in der Türkei, zum Minister für die auswärtigen Angelegenheiten ernannt sei. — Gestern fand das feierliche Leichenbegängniß des verstorbenen Kultusministers für die römischen Kirchenangelegenheiten, van Romunde, unter allgemeiner Betheiligung von Seiten des Ministeriums und der Behörden des Landes statt. (Pr. Z.)

Belgien.

Brüssel, 9. März. [Duellstrafen; Ausweisung.] In den Verhandlungen der Kammer über das neue Strafgesetzbuch sind die bisherigen sehr strengen Bestimmungen in Bezug auf das Duell aufgehoben und durch folgende neue Bestimmungen ersetzt worden: Einsperrung von sechs Monaten bis zu drei Jahren und Geldbuße von 1000 bis zu 3000 Fr., wenn die durch ein Duell entstandenen Verwundungen eine unheilbare Krankheit oder fortwährende Arbeitsunfähigkeit verursacht haben. Derjenige, der in einem Duell seinen Gegner getödtet hat, wird mit Einsperrung von ein bis fünf Jahren und mit Geldbuße von 2000 bis zu 10,000 Fr. bestraft. Wenn aus einem Duell weder Tödtung noch Verwundungen hervorgegangen, ist die Strafe Einsperrung von einem Monat bis zu einem Jahr und Geldbuße von 200—1000 Fr.; sind Verwundungen entstanden, so wird der Schuldige mit Einsperrung von zwei bis zu achtzehn Monaten und mit Geldbuße von 300 bis zu 1500 Fr. bestraft, und wenn die Verwundungen eine Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit von länger als zwanzig Tagen verursacht haben, mit Einsperrung von drei Monaten bis zu zwei Jahren und mit Geldbuße von 500 bis zu 2000 Fr. — Das Ministerium hat sich wieder einmal gegen die französische Regierung sehr willfährig gezeigt, indem auf den Antrag der letztern zwei französische Flüchtlinge vor einigen Tagen des Landes verwiesen worden sind. Der eine ist Herr Attibert, dem es gelungen war, der trockenen Guillotine von Cayenne zu entschlüpfen und der die Notizen zu dem bekannten Buche: „Vier Jahre in Cayenne", wovon auch eine deutsche Uebersetzung erschienen ist, geliefert hatte; der andere ist Hr. Beaujoin, Redakteur des „Bien-être-social", welcher jene Notizen zu einem Buche verarbeitet hatte. (V. Z.)

Brüssel, 10. März. [Abschaffung der städtischen Zölle.] Im Beginn der heutigen Kammersitzung verlas der Finanzminister Frère die Titel verschiedener Budgets, Kreditforderungen und Gesetzentwürfe, die er auf den Tisch des Hauses niederzulegen habe. Plötzlich entstand unter den Abgeordneten ein Gemurmel des Erstaunens, der Verwunderung und Freude, denn man glaubte inmitten obiger Vorschläge das magische Wort: „Abschaffung des Oktrois", vernommen zu haben. Niemand traute seinen Ohren, und erst als auf zahlreiche Anfragen der Minister mit energischem Nachdruck bestätigte, daß es sich um gänzliche und gründliche Beseitigung jener lästigsten der Steuerlasten handele, erhob sich ein lauter Zuruf allgemeinster, aufrichtigster Befriedigung. Nunmehr verlas Herr Frère bei lautloser Stille die Begründung und die Einzelbestimmungen des Gesetzentwurfes, welcher nicht nur dem liberalen Ministerium, sondern dem ganzen Lande zur höchsten Ehre gereichen wird. Die Hauptschwierigkeit, welche sich bisher der Abschaffung jener städtischen Zölle entgegenstemmte, war diese: Durch welche andere Steuer können sie ersetzt werden? Hr. Frère hat darauf eine kühne, aber auf die glücklichen Zustände des belgischen Staatsschatzes begründete Antwort gefunden: Durch gar keine! Die Abschaffung des Oktrois ist ein Geschenk, welches der Staat den Gemeinden, und zwar vermittels seiner jährlichen Budgetüberschüsse, macht. Die Bruttoeinnahme sämmtlicher belgischer Oktrois im verflossenen Jahre betrug in runden Zahlen 12,300,000 Frks., während die Kosten der Erhebung auf 2,300,000 Frks. sich beliefen, woraus sich ein Nettoertrag von 10,000,000 Frks. ergiebt. Den Ausfall dieser Einnahme deckt die Staatskasse durch eine (nach der Proportion der Grund- und Personen-Steuerbeträge zu vertheilende) jährliche Dotation von 14 Millionen Frks., an deren Mitgenusse (bis zu dem Belaufe von 3 Millionen) selbst diejenigen Landgemeinden sollen betheiligt werden, in deren Schooße das Oktroi überhaupt nicht bestand. Die Beschaffung obiger 14 Millionen leistet der Staat durch den Verzicht auf folgende seiner Einnahmequellen: 1) die Zölle auf Weine und Branntweine; 2) die Accisezölle auf Biere und Genèver; 3) 75 Proz. des Einfuhrzolles auf den Kaffee; 4) die Nettoeinnahme der Postverwaltung. Bei mehreren Stellen seines Vortrages, namentlich auch da, wo in der Einleitung zu dem Gesetzentwurfe das Oktroi „ein Ueberbleibsel der barbarischen Gesetzgebung des Mittelalters" genannt wird, wurde der Minister von lauten Zurufen unterbrochen, die sich am Schlusse zu lange anhaltendem, von den Tribünen nachhallendem Beifallsjubel gipfelten. (K. Z.)

Schweiz.

Bern, 8. März. [Savoyen und Frankreich.] Die „Gazzette de Savoie" sagt in einem auf die savoyische Frage bezüglichen Artikel unter Anderm: „Man weiß, daß im Jahre 1792 Savoyen mit Frankreich vereinigt wurde. Zu jener Zeit bemächtigte sich die Nation aller Feudal-, aller Kron- und Kirchengüter, welche sie in Savoyen fand. Ein Franzose, F. v. Verneilh, Präsident des Montblanc-Departements, glaubt den summarischen Werth der in Savoyen verkauften Nationalgüter auf 29—30 Millionen schätzen zu können. Was hat Frankreich mit all diesen Gütern gemacht? Mit welchen Etablissements, mit welchen Manufakturen hat es Savoyen dotirt? Napoleon ließ eine Kaserne bauen und eine für seine Armee nöthige Straße anlegen. Allein welches sind die Vortheile, die Savoyen durch die Frankreich gelieferten Kapitalien erlangte? Die Stadt Chambery, vorher 25,000 Seelen zählend, fiel unter der Republik auf 8—10,000; sie verlor ihren souveränen Senat, der so viel zu ihrem Wohle beigetragen hatte, und alle ihre bisherigen Rechte. Das Gras wuchs in den Straßen. Auf diese Weise mußten die Savoyer für ihre französischen Sympathien bäßen. Vor 1792 war Savoyen stolz auf seine immensen Waldungen; allein nachdem dieselben von den französischen Agenten ihres besten Schmuckes beraubt worden; überließ man sie während langer Zeit der unverzeihlichsten Zerstörungswuth. Ueberall hauste das Beil; die Alpenarmee hat die weiten Waldstrecken vollständig gelichtet. An manchen Orten wurde selbst der Nachwuchs zerstört. Der Holzpreis stieg auf das Doppelte." Schließlich geht der Verfasser auf die Erhöhung der Steuern über, hinsichtlich deren die angeblichen Vortheile des Französischwerdens nicht minder schlagend dargestellt sind.

Italien.

Turin, 8. März. [Die Stellung zu Frankreich; Besorgniß.] Marschall Vaillant hat, wie schon berichtet worden, Befehl erhalten, sich binnen 24 Stunden marschfertig zu halten. Die betreffende Depesche ist gar nicht in Chiffern abgefaßt gewesen, so daß über die Absicht der französischen Regierung, einschüchternd zu wirken, gar kein Zweifel obwalten konnte. Die französische Regierung ist noch weiter gegangen, und sie hat dem Marschall befohlen, sich sehr kühl mit den Behörden von Mailand zu verhalten. Auf der ersten Soirée, welche der neue Gouverneur von Mailand, Marquis d'Azeglio, gegeben, befand sich auch kein einziger französischer Offizier. Man belächelt hier und in Mailand dieses kleinliche Benehmen, und wird gerade dadurch veranlaßt, den Zorn der französischen Regierung nicht für Ernst zu nehmen. Marschall Vaillant, welcher etwas geizig ist, hat die Gelegenheit benutzt, ein seit sechs Monaten angekündigtes Diner abzusagen, da er gezwungen sei, sein Tafelgeschirr eingepackt zu halten, um sofort aufbrechen zu können. Die Italiener benehmen sich übrigens auch jetzt sehr maaßvoll, und man hört auch kein heftiges Wort gegen den Kaiser sagen. Die Militärvorbereitungen werden mit Hast betrieben, obgleich man es hier weiß, daß Oestreich Napoleon III. versprochen habe, nicht anzugreifen, auch wenn die Franzosen sich zurückzögen. Allein man fürchtet, das Signal zum Kriege könne von anderer Seite her kommen. (K. Z.)

— [Die französischen Okkupationstruppen; Rüstungen.] Die hier stationirten französischen Offiziere erklären die Nachricht vom bevorstehenden Abmarsche der französischen Truppen aus der Lombardei für begründet, nur sei der Tag und die Stunde noch nicht bezeichnet, da solche Ordre erst wenige Stunden vorher von Paris erwartet wird. Vom 1. April an soll die ganze sardinische Armee auf dem Kriegsfuße stehen. Nach Tortona sollen nächstens 7000 Mann Franzosen verlegt werden. Die Mission des Grafen Arese nach England soll angeblich die Anschaffung von Waffen

zum Zwecke haben. Die Militär-Intendanz hat Befehl erhalten, sich nach Voghera zu begeben. In Casale dauern die Rüstungen fort.

Mailand, 8. März. [Unsicherheit; Nationalgarde.] Das hiesige Munizipium hat mit seinem Proteste gegen die Angabe Lord Normanby's wegen der Unsicherheit der Straßen Mailands besonderes Unglück, denn seit jener Protestation sind die Raubanfälle auf öffentlicher Straße häufiger als früher geworden, und erst gestern ereigneten sich nicht weniger als fünf solcher Fälle der schwersten Art, wobei sogar ein geachteter hiesiger Kaufmann lebensgefährlich verwundet wurde. — Das Munizipium ließ Listen zur Einschreibung von Freiwilligen für die mobile Nationalgarde auflegen.

Modena, 10. März. [Zu den Wahlen.] Das Landvolk strömt in Massen von allen Seiten des Landes mit wehenden dreifarbigen Fahnen herbei, um sich in die Wahllisten, welche in Vorbereitung der allgemeinen Abstimmung angefertigt werden, einzeichnen zu lassen. Dieselbe Begeisterung herrscht in der ganzen Emilia. Der modenesische Klerus hat der Regierung eine Adresse überreicht, worin derselbe sich für Einverleibung in Sardinien ausspricht. Auch der Klerus von Piacenza hat dem Generalintendanten eine Adresse an den König überreicht, die mit einem Begleitschreiben versehen ist, worin erklärt wird, es sei Pflicht des Klerus, in Bezeugung der Vaterlandsliebe mit gutem Beispiele voranzugehen.

Rom, 3. März. [Ausgrabungen; die Universitätsunruhen.] Die neulich durch den Fund einer Venus von ausgezeichneter griechischer Arbeit bekannter gewordene Vigna Magnani vor der alten Porta Portuensis beschäftigt die Aufmerksamkeit der Archäologen in besonderer Weise, seitdem man viele griechische, auch palmyrenische Inschriften, Fragmente, wie ganz erhaltene Idole (häufig aus Lapislazuli) verschiedener Nationen nebst Mauerresten eines Gebäudes entdeckt hat, das wahrscheinlich der Belustempel für diejenigen ausländischen Gottheiten war, welche nur außerhalb des Pomöriums wohnen und verehrt werden durften, so lange sie nicht durch ein Dekret in dem Kanon der übrigen für den Cultus publicus aufgenommen waren. Die Ausgrabungen auf dem Forum wie in den Bädern Caracalla's brachten nichts Erhebliches zu Tage; es ist dort früher allzuoft nach antiken Kunstschätzen gewühlt worden. — Der Adressenskandal in der Universität wäre von nicht so schlimmen Folgen gewesen, wie sie jetzt vorliegen, hätte man nicht nach dem Karneval ein förmliches Inquisitionsverfahren, das mit strenger Haft der als schuldig Verurtheilten endigte, nochmals aufgenommen. Die meisten Studirenden wurden deshalb von ihren Angehörigen in die Heimath zurückgerufen. Somit kommt der Same neuer Unzufriedenheit in die Provinzen. (V. Z.)

Rom, 4. März. [Veuillot] soll nächstens nach Frankreich zurückkehren.

Rimini, 7. März. [Stimmung.] In Ancona und Jesi dauert die Aufregung, sowie die Kundgebungen von Seiten des Volkes fort. In Ancona wurde unter dem Vorsitze des Generals Kalbermatten Kriegsrath gehalten und beschlossen, gegen die Stadt Ancona, welche die Zahlung der Steuern verweigert, mit ganzer Strenge zu verfahren, und im Nothfalle allen Stürmen von außen muthvoll die Stirn zu bieten. Alle Truppen sind mit Sack und Pack, mit den Offizieren und Delegaten von Pesaro abgerückt. (Tel.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 4. März. [Zur Bauernfrage.] Der Justizminister Graf Panin, der den Vorsitz in dem Redaktionskomité für die Bauernfrage erhalten hat, soll vor Uebernahme dieses schwierigen Amtes fünf Bedingnngen gestellt haben, die der Kaiser denn auch bewilligt hat. So lange er dem Komité präsidirt, wird er von den Geschäften des Justizministeriums vollständig entbunden, die während dessen der Senator Geheimerath Samjatnin besorgt. Fast ganz allgemein glaubt man in Panins Ernennung ein Aufschieben und Zurücklegen der ganzen Emanzipationsangelegenheit erblicken und die Einberufung der zweiten Abtheilung von Deputirten des Gouvernements-Adels-Komité's als vollständig aufgegeben betrachten zu dürfen. Graf Panin ist ein starrer Geschäftsmann, der nur Sinn für das Thatsächliche und Praktische hat.

Dänemark.

Flensburg, 9. März. [Ständeversammlung.] In der neuesten Sitzung der Ständeversammlung motivirte der Abg. Krüger von Bestoft die von ihm und 12 anderen Deputirten gestellte Proposition: „Die Ständeversammlung beschließt: In Erwägung, daß sowohl die von 201 Individuen in Eckernförde, als auch die von einer Anzahl Individuen aus der Stadt Schleswig an die Ständeversammlung eingereichten Adressen von der Beschaffenheit sind, daß Sr. Majestät getreue Ständeversammlung deren Inhalt nur mit der tiefsten Indignation erfahren hat, daß sämmtliche genannte Adressen augenblicklich vom Tische im Ständesaale zu entfernen seien, um der beikommenden Behörde zugestellt zu werden." Nach längerer, sehr gereizter Debatte wurde die Proposition mit 25 gegen 15 Stimmen verworfen.

— [Die Zustände im Herzogthum Schleswig] sind Schauder erregend. Ueberall Kriminaluntersuchungen wegen der Petitionen an die schleswigsche Ständeversammlung um Wiederherstellung der Verbindung mit Holstein. Diese Untersuchungen beginnen mit Verhaftung der Unterzeichner, welche unter Entziehung alles dessen, woran sie gewöhnt sind, unvernommen bleiben. „Wir wollen euch schon mürbe machen", sagt der dänische Polizeimeister Jörgensen in der Stadt Schleswig. So in Verzweiflung versetzt, hat (wie schon gemeldet) ein redlicher, geachteter Bürger in Schleswig, der Posamentierer Gercke, seinem Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht. Dem Vernehmen nach hat man denselben 9 Tage lang ohne Verhör in einem dunklen, unheizbaren Kerker sitzen lassen. Der Unglückliche hinterläßt einen 80jährigen Vater und eine zahlreiche eigne Familie, die nach seinem Tode dem öffentlichen Mitleiden anheimgefallen ist. Alle Bürger der Stadt beschlossen, den Unglücklichen zu Grabe zu geleiten. Aber die Polizeibehörde gebot, eine jede Prozession, die wie eine Demonstration angesehen werde, wie Gesang am Grabe und Alles, was dem ähnlich sei, bei schwerer Strafe zu unterlassen. Am Morgen des Begräbnisses waren nun sämmtliche Bürger der Stadt in Trauer zur Stelle, um im Wagen oder zu Fuße sich dem Leichenzuge anzuschließen. Aber die ganze Straße von der Wohnung des Abgeschiedenen bis nach dem Kirchhofe war mit Polizisten und Gendarmen besetzt, die Straße, wo eine zweite Straße einmündet, abgesperrt, in der Nähe des Kirchhofes zwei Kompagnien dänischer Soldaten aufgestellt. Wie der Leichenwagen sich in Bewegung setzt, und das Trauergefolge sich anschließen will, verkündet ein Gendarm: „im Namen des Gesetzes ist jedes Gefolge verboten". Die Bürger ziehen sich zurück; überall, wo zwei zusammen stehen, werden sie auseinandergetrieben, junge Mädchen, welche vor den Häusern stehen, um Blumen zu streuen, werden fortgejagt, die Soldaten bedrohen jeden mit dem Bayonnette, der sich dem Kirchhofe zu nähern sucht. Jedermann fühlt, daß, was jetzt geschieht, nur das traurige Vorspiel zu dem ist, was folgen wird, sobald die Ständeversammlung auseinander gegangen sein wird. (N. Z.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 7. März. [Die Judengesetzgebung.] Nach einer telegraphischen Meldung hat der Konstitutionsausschuß beschlossen, daß die Juden an den Wahlen der Reichstagsabgeordneten theilnehmen dürfen. Jedenfalls ist dieser Beschluß ein sehr erfreulicher. Bis vor wenigen Jahrzehnten stand es nämlich, im Gegensatze zu den schon unter Friedrich VI. weit gediehenen Fortschritten in Dänemark, um die Judengesetzgebung in den beiden durch die Union verbundenen skandinavischen Reichen sehr mißlich. Nach der norwegischen Verfassungsurkunde durfte ein Jude nicht einmal einen vorübergehenden Aufenthalt in Norwegen nehmen oder das Land bereisen (im Uebertretungsfalle wurde er wieder über die Grenze transportirt), geschweige denn im Lande Geschäfte treiben oder sich daselbst niederlassen. Ist nun auch diese Bestimmung vor einer Reihe von Jahren durch Storthingsbeschluß aufgehoben, so haben doch die Juden, die jedenfalls nur in sehr geringer Zahl in Norwegen zu finden sind und nicht einmal eine Gemeinde bilden, keinerlei politische und staatsbürgerliche Rechte. In Schweden, wo wohl einige tausend Juden wohnen, giebt es drei jüdische Gemeinden: in Stockholm, Gothenburg und Karlskrona, in den beiden erstgenannten Städten haben sie eigne kirchliche Beamte und Bethäuser. Die meisten dieser Juden sind aus Deutschland, besonders aus Mecklenburg und Schlesien, theilweise schon im vorigen Jahrhunderte eingewandert. Vor nicht vielen Jahren durften sie bloß in 4 Städten des Landes wohnen, auf dem Lande zu wohnen war ihnen dagegen nicht gestattet; seitdem haben diese Beschränkungen aufgehört. (N. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 29. Febr. [Tagesnotizen.] Alle Briefe sprechen von Uneinigkeiten unter den Ministern und von einer baldigen Aenderung im Verwaltungspersonal. — Das gezwungene Anlehen vermehrt noch die Aufregung in den Provinzen, wo man zum Frühjahre Aufstände befürchtet. — Die Pforte hat in Voraussicht der zu erwartenden Ereignisse außer der Wiedereinbringung der Redifs eine doppelte Rekrutirung angeordnet. — Das Korps der Ulema's hat heimlich bei dem Sultan gegen die Einnahme von Tetuan protestirt. — Hier wurden in voriger Woche sieben Piraten, sämmtlich Griechen, welche mit einer bewaffneten Barke im Marmara-Meer und in den Häfen Stambuls gehaust, und zuletzt durch die Polizei nach blutigem Kampfe ergriffen worden, zu 15 Jahren Galeeren verurtheilt. Dessenungeachtet hört man täglich von neuen Gewalt- und Raufszenen in unsrer Hauptstadt. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag wurden dem Bankierhause Darand 400,000 Piaster durch Einbruch von einer Diebesbande geraubt. Man hat seitdem einen Griechen gefangen, der zur Bande zu gehören scheint.

Konstantinopel, 3. März. [Triester Depeschen.] Kiamil Pascha ist zum Minister ohne Portefeuille ernannt. — Bis jetzt sind 287 Millionen Kaims durch Verbrennung aus dem Verkehre gezogen. Mehrere hiesige Kaufleute betheiligen sich an freiwilligen Subskriptionen zur gänzlichen Zurückziehung der Kaimes. Ein neues Reglement über den Zollkredit beim hiesigen Zollamte ist erschienen. — Der preußische Gesandte für Teheran ist dem Sultan vorgestellt worden.

Belgrad, 3. März. [Türkische Rüstungen.] Auf die Nachricht, daß die Pforte in Bosnien starke Rüstungen vornehme und bereits von Bulgarien, Bosnien und der Herzegowina her bedeutende Truppenaufstellungen längs der serbischen Grenze stattgefunden haben, begab sich am 29. v. M. eine Deputation Belgrader Einwohner zum Fürsten Milosch, um ihn zu befragen, was diese bedrohlichen Maaßregeln zu bedeuten hätten. Der Fürst erklärte, daß ihm nichts Offiizelles hierüber zugekommen sei, daß jedoch auch er davon gehört und daher nähere Erkundigungen einziehen werde. (A. Z.)

Belgrad, 4. März. [Stimmung in Serbien.] Dem „Pesth. Ll." wird geschrieben: „Es herrscht, im Ganzen genommen, eine dumpfe Simmung. Man hört ein leises Lispeln, daß es zu einer Bewegung kommen soll, wenn der alte Fürst die Augen schließt. Die Partei Stewza hat Anhang und steht dem Fürsten Thronfolger entgegen. Letzterem aber stehen die Truppen und die Intelligenz zur Seite; sein entschiedenes Auftreten könnte jeden Versuch zu einem Aufstande unterdrücken. Immer aber ist die Frage eine gerechtfertigte: wird Michael in der Stunde etwaiger ernster Prüfungen wirklich entschieden auftreten? Fürst Karageorgiewitsch hat es vor seiner Abdankung erfahren, daß selbst die treuergebensten Truppen nichts helfen können, wenn der Wille und die Energie des höchsten Militärchefs weit hinter ihren Erwartungen zurückbleibt. Fürst Milosch wurde im Winter des Jahres 1780 geboren in Dobrinia (Nahie Uschitza) und hat somit sein 80. Lebensjahr zurückgelegt; aus dem Umstande, daß er noch vor wenigen Tagen anordnete, die irdischen Ueberreste seiner verstorbenen Gemahlin Ljubitza die in der Kirche zu Sren beerdigt waren, nach Belgrad zu bringen, schließt man, daß er mit dem Gedanken an seine letzte Stunde vertraut ist, die ihm die ewige Ruhe nach einem so langen und überaus bewegten Leben bringen soll. Nächtliche Zusammenkünfte politischer Natur in Belgrad haben die Aufmerksamkeit der Behörden erregt und entwickelt namentlich die Stadtpräfektur eine besondere Thätigkeit, um die Dinge, die da sind und werden, zu überwachen."

Belgrad, 10. März. [Fürst Milosch] entsendet eine Deputation nach Konstantinopel, um ein besseres Vernehmen mit dem Divan herbeizuführen und neue Zugeständnisse von der Pforte zu erlangen. (Tel.)

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 29. Febr. [Russische Truppenbewegungen.] Nach Handelsbriefen aus Bessarabien, wovon der „Wanderer" Einsicht bekommen, bemerkt man an der russischen Grenze ungewöhnlich starke Truppenbewegungen und will daraus schließen, daß Rußland auf große Begebenheiten sich in Bereitschaft gesetzt habe.

Asien.

Bombay, 11. Febr. [Kommandowechsel; die Rebellen in Nipal.] Der bisherige Oberbefehlshaber des ostindischen Heeres, Lord Clyde, wird noch ein Jahr lang das Oberkommando behalten, und der zu seinem Nachfolger bestimmte Generallieutenant Sir Hugh Rose, wie man glaubt, während dieser Zeit die Truppen in der Präsidentschaft Bombay befehligen. Der Generallieutenant Sir W. Mansfield, bisheriger Chef des Generalstabes Lord Clyde's, soll als Zweiter im Kommando unter Sir Hope Grant nach China gehen und hauptsächlich dazu bestimmt sein, den Verkehr zwischen den Befehlshabern des englischen und des französischen Theils des Expeditionskorps zu vermitteln. — Durch einen Tagesbefehl aus dem Lager von Umballah vom 16. Januar theilt Lord Clyde dem Heere mit, daß der Feldzug gegen die Rebellen in Nipal beendet ist und spendet den dabei verwendeten Truppenabtheilungen das gebührende Lob. — Die neuesten in London angekommenen Zeitungen aus Indien bringen nichts von Wichtigkeit, außer, daß (nach der „Lucknow Gazzette") Jung Bahadur die Begum und ihren Sohn ausgeliefert haben soll. Dieselben, heißt es, waren schon in Gonda auf der Reise nach Lucknow eingetroffen. Demnach gebe es keinen hohen und niedrigen Rebellenführer mehr in Nipal. Die Auslieferung geschah ganz bedingungslos.

— [Annexirungspolitik in Ostindien.] Die „Homeward Mail" sagt: Wir sehen mit Bedauern, daß die kurzsichtigen Behörden im Pendschab nach wie vor an der Annexirungspolitik hängen. Der Hindustaat, der im Bericht hierüber mit schöner Ironie als einer der unabhängigen Staaten in der Umgegend von Simla bezeichnet wird, ist von der britischen Regierung konfiszirt worden, obgleich der Radschah den Engländern während des Ghurkakrieges gute Dienste geleistet und drei Söhne hinterlassen hat. Diese Söhne, heißt es, seien illegitim. Und wenn auch, warum sollte ein indischer Baron seine Ländereien nicht einem natürlichen Sohn hinterlassen? Kommt nichts der Art in England vor?

Afrika.

Alexandrien, 21. Febr. [Der Suezkanal.] Der letzte Aufenthalt des Herrn v. Lesseps in Egypten dürfte, so kurz er gewesen, dem Unternehmen des Durchstichs der Landenge von Suez einen bedeutenden Vorschub geleistet haben und, wie die „Oestr. Ztg." schreibt, Anlaß geben, daß einige der hauptsächlichsten politischen Bedenken, die man der Ausführung dieses Unternehmens entgegensetzte, verschwinden. Der Vizekönig erbietet sich, auf der Landenge von Suez eine türkische Garnison aufzunehmen und zu erhalten. Er vergiebt hierdurch zwar den Rechten und Privilegien, welche ihm durch den Hatti Scheriff vom Jahre 1841 und die Garantie der fünf Großmächte gewährleistet sind, aber es liegt ihm daran, das große Werk um jeden Preis durchzuführen. Die Vorbereitungsarbeiten am Isthmus gehen ihren ruhigen, aber fortgesetzten Gang. In diesem Augenblicke bereist der Generalagent der Gesellschaft, der holländische Generalkonsul Ruyssenaers, in Gesellschaft des öftreichischen und spanischen Generalkonsuls, dann eines in besonderen Aufträgen hier weilenden russischen Obersten die Landenge.

Amerika.

Newyork, 24. Febr. [San Juan; der Bürgerkrieg in Mexiko; aus der Havannah.] Aus Washington wird der „Newyork Times" geschrieben: „Die auf die Nordwestgrenze bezügliche Korrespondenz mit der englischen Regierung ist wieder aufgenommen worden, und jede Partei behauptet, sie habe einen klaren Rechtstitel auf die Insel San Juan. Wahrscheinlich wird die Sache dahin entschieden werden, daß England die Insel nimmt und einen andern Punkt als Aequivalent dafür abtritt." — Aus Neworleans, 20. Febr., wird gemeldet: „Es sind hier Nachrichten aus Tampico vom 13. d. M. eingetroffen. Die Generale Laza und Uraga waren von Matahuala und Juba, und General Carvajae war von Victoria abmarschirt, um Miramon den Weg nach Veracruz zu verlegen. Dem Korrespondenten des „Picayune" aus Veracruz zufolge marschirten 4500 Mann unter Moreto und 4000 unter Alvarez gegen die Hauptstadt. Die Liberalen belagerten Guadalajara. General Degollado hatte sich nach Puebla begeben, um die Bewegungen der Liberalen zu leiten, und hegte die zuversichtliche Erwartung, er werde Miramon eine Niederlage beibringen." — Laut Berichten aus der Havannah vom 15. Febr. hatte der Generalkapitän am 10. d. M. einen Befehl erlassen, kraft dessen vom 31. Dez. dieses Jahres an die Einwanderung von Chinesen auf Kuba nicht mehr statthaft sein soll.

Newyork, 28. Febr. [Nachrichten aus Südamerika.] Mit dem Dampfschiffe „Mersey" sind Nachrichten aus Buenos-Ayres vom 28. und aus Montevideo vom 30. Jan. eingegangen. In Montevideo steht die Frage wegen der Wahl des neuen Präsidenten an der Tagesordnung. Bei der ziemlich gleichmäßigen Vertheilung der Kräfte unter die verschiedenen Parteien läßt sich über den Ausgang keine Vermuthung äußern. Der gegenwärtige Präsident Dr. Pereira ist lebensgefährlich erkrankt. In Buenos-Ayres herrscht noch immer große Aufregung und es ist laut davon die Rede, daß der Kongreß den zwischen Buenos-Ayres und der argentinischen Konföderation abgeschlossenen Friedens- und Unionsvertrag verwerfen werde, wodurch dann alle Verhältnisse in ihre frühere Lage zurückgeschleudert werden würden. Der Kongreß, dessen Eröffnung am 5. Febr. stattfinden sollte, hat vorbereitende Versammlungen gehalten, in denen es sehr tumultuarisch zugegangen ist; es sollen nicht nur Verbalinjurien in Menge, sondern auch Thätlichkeiten vorgekommen sein. In Peru (Lima, vom 27. Jan.) erwartete man den Ausbruch eines Krieges mit Bolivia unmittelbar nach der Rückkehr Castilla's und der Truppen aus Ecuador, wo Castilla mit dem General Franco den Frieden abgeschlossen hatte. Peru ist durch denselben eine Entschädigung für die Kriegskosten zugesichert, die auf 7 Millionen Dollars berechnet werden. Ecuador wird ein Zeitraum von zwei Jahren zugestanden, um sein Besitzrecht auf die Provinzen Quijos und Carielos zu beweisen, die es, wenn der Beweis fehlschlägt, unmittelbar nach Ablauf der Frist an Peru zu cediren hat. Den britischen Fondsinhabern sollen statt der ihnen in jenen Provinzen verschriebenen Ländereien andere überwiesen werden. Da die Regierung in Quito die Ratifikation des Vertrages verweigerte, so ist Franco im Verein mit Castilla nach Quito aufgebrochen, um die Genehmigung zu erzwingen.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 12. März. [15. Sitzung.] Die Berathung über den Bericht der 6. Kommission über den Gesetzentwurf, betr. das städtische Einzugs-, Bürgerrechts- und Einkaufsgeld, den Antrag des Barons Senfft v. Pilsach auf Verstattung der Landgemeinden zur Erhebung des den Städten bewilligten Einzugs- und Hausstandsgeldes, so wie über einige Petitionen, wird fortgesetzt. Baron Senfft v. Pilsach: Der Herr Minister hat über den Zeitpunkt, wann das Einzugsgeld überhaupt aufhören soll, nichts bestimmt. Seitens des Ministeriums wird der pekuniäre Vortheil, von dem Hause der gerechte Anspruch der Familie geltend gemacht. Das Gesetz bedarf nach der Vorlage einer Abänderung im Titel, worin vom „städtischen Einzugsgeld" allein die Rede ist. Wollen Sie dem Zuzug nach dem Lande gerecht werden, so nehmen Sie den Ihnen vorgeschlagenen Paragraphen an, wonach auch den Landgemeinden die den Städten bewilligte Erhebung des Einzugs- und Hausstandsgeldes gestattet werde. Jeder Taugenichts kann in ein Dorf kommen und sagen: „ich will hier wohnen", ohne daß er nachzuweisen hat, wovon er leben will; wäre diese Kontrolle vorhanden, so brächte ich meinen Antrag nicht ein, aber die gegenwärtige Gesetzgebung macht ihn nöthig. Die Dörfer haben größere Lasten, als sie bestreiten können, wohin soll dies also führen? Leider ist heute schon manches Dorf außer Stande, seinen dringendsten Verpflichtungen nachzukommen, und es kommt vor, daß Bauern ihre Miethswohnungen schließen, weil sie Verarmung der Zuziehenden fürchten, die sie dann erhalten müssen. 627 Millionen Thaler beträgt das Kapital, das in Aktien angelegt ist, aber was kommt dem armen Arbeiter davon zu Gute? Jahr aus Jahr ein kommt eine Masse von Arbeitern vom Auslande nach Preußen, die vorwiegend dem Lande zufallen. Bei dem Reichthum der Städte nehmen Sie doch Rücksicht auf die Armuth der Landgemeinden; wenn die Städte die Leute nicht mehr gebrauchen können, so werden sie, alt geworden und arbeitsunfähig, aufs Land geschickt. Man begünstigt das Herumtreiben von Gesindel, dem doch gesteuert werden sollte, und mein Antrag zielt darauf ab. Der Graf Schwerin-Putzar hat sich früher dafür selbst ausgesprochen, nehmen Sie also meinen Antrag als etwas sehr Wichtiges an. — Graf Schwerin: Der Antragsteller ist mit Virtuosität auf alle möglichen Gebiete übergesprungen, daß ihm kaum zu folgen ist. Der Redner hat eine große Masse von Uebelständen zur Sprache gebracht, aber er ist uns schuldig geblieben, nachzuweisen, wodurch ihnen abzuhelfen ist. Ich habe bereits erklärt, daß die Regierung einem Antrage, wie dem Pilsach'schen, sich ganz entschieden widersetzen muß, denn die Erhebung von Einzugssteuer noch weiter ausdehnen, ist doch kaum rathsam. — Graf Arnim-Boitzenburg: Ich lasse mich nicht

(Fortsetzung in der Beilage.)

auf die Vorzüge und Nachtheile ein, welche angeregt sind, sie lassen sich durch die Gesetzgebung nicht abstellen. Wichtig ist, zu konstatiren, daß Land- und Stadtgemeinden gleichberechtigt sein müssen; nun erklärt aber die Regierung, daß sie sich auf den Senfft'schen Vorschlag absolut nicht einlassen werde, womit ich mich nur einverstanden erklären kann, denn die Senfft'sche Proposition hilft den Langemeinden nichts. — v. Senfft-Pilsach: Ich glaube doch, daß die Staatsregierung, wenn ihr nur erst genauere Nachrichten eingelaufen sein werden, meinen Antrag früher oder später annehmen wird, weil er sich als eine Nöthigung aufdrängt. v. Kleist-Retzow: Der Minister hat neulich erklärt, es komme für den Staatsmann darauf an, praktisch zu sein; warum faßt er nun nicht irgend welche Beschlüsse, die schreienden Uebelstände beseitigen? Ich bin gegen den Senfft'schen Antrag, aber aus anderen Gründen, als die Regierung. — Nach einer thatsächlichen Berichtigung des Ministers wird der Antrag des Hrn. v. Senfft-Pilsach, bis auf 4 Mitglieder des Hauses, welche sich dafür erheben, verworfen. Schließlich handelt es sich um Feststellung, ob das von der Regierung eingebrachte Gesetz auf den ganzen Staat oder nach Vorschlag der Kommission nur auf die 6 westlichen Provinzen Anwendung finden solle. Hr. Stupp erklärt sich für die Regierungsvorlage, Minister a. D. v. Duesberg dagegen. Herr Hasselbach will, daß man lieber das ganze Gesetz verwerfen, als auf die Vorschläge der Kommission eingehen möge. Herr v. Arnim-Boitzenburg ist der Ansicht, daß die Regierung gut gethan haben würde, die Frage zuvor den Provinziallandtagen vorzulegen, denn es ist nicht anzunehmen, daß man im innersten Kabinet eines Ministeriums besser die Hauptsache treffe, als auf Versammlungen, wo man über das Detail Herr ist. Aus Achtung vor Gesetz und Recht empfiehlt der Redner Annahme des Kommissionsbeschlusses. Minister Graf Schwerin: Ob Gesetze dadurch gefördert werden, daß sie zuvor den Provinzialständen vorgelegt werden, ehe sie an die beiden Häuser des Landtages gelangen, will ich hier unerörtert lassen; aber ich muß darauf hinweisen, daß sich's im vorliegenden Falle nicht um ein provinzielles, sondern um ein allgemeines Gesetz handelt. Läge ersteres vor, so wäre die Sache allerdings anders. Im Uebrigen möge Herr v. Arnim-Boitzenburg überzeugt sein, daß die Staatsregierung sich jederzeit jedem Gesetz fügt, gleichviel ob es ihr bequem oder unbequem ist. Nachdem Herr v. Kleist-Retzow einige Ausfälle auf die Regierung versucht hat, giebt der Regierungskommissar v. Mallinckrodt sachliche Mittheilungen, worauf Schluß beantragt wird. Bei der namentlichen Abstimmung über den Titel und §. 1 des Gesetzes stimmen von 92 der anwesenden Herren mit Ja für den Kommissionsbeschluß: 43, mit Nein: 49; bei der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der §. 1 nach der Regierungsvorlage angenommen, er lautet: „Die Vorschriften in dem §. 52 der Städteordnung für die 6 westlichen Provinzen der Monarchie vom 30. Mai 1853, in dem §. 51 der Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 und im §. 48 der Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 wegen Erhebung eines Einzugsgeldes, eines Hausstands- oder Eintrittgeldes und eines Einkaufsgeldes werden hierdurch aufgehoben." Ueber drei auf den Inhalt des Gesetzes Bezug habende Petitionen geht das Haus zur Tagesordnung über. — Nächste Sitzung unbestimmt. PB

— [Antrag.] Im Herrenhause hat Herr v. Kleist-Retzow den (durch v. Arnim-Sperrenwalde, v. Below, v. Bredow, Dr. v. Daniels, Graf zu Dohna-Schlodien, Graf v. Garnier, v. Gerlach, Dr. Götze, Graf v. Götzen, v. Karstedt, v. Kleist-Schmenzin, v. Lepel, v. Meding, Freiherr v. Monteton, v. Nostitz, v. Plötz, Baron v. Senfft-Pilsach, Dr. Stahl, Graf zu Stolberg und Graf v. Voß-Buch unterstützten) Antrag gestellt, daß für den Fall der Nicht-Annahme der von der königlichen Staatsregierung eingebrachten vier, die Grund- und Gebäudesteuer betreffenden Gesetzentwürfe das Herrenhaus beschließen wolle: der königlichen Staatsregierung zu empfehlen, zum Zweck der von derselben beabsichtigten Armee-Organisation 1) die Einnahmen aus dem Chausseegelde mit 1,325,000 Thlr., so wie die Ausgaben für die Unterhaltung der Chausseen mit 2,374,769 Thlr. vom Etat abzusetzen, und dagegen einen Gesetzentwurf einzubringen, nach welchem die Unterhaltung der in jedem Landestheile gelegenen Staatschausseen gegen Bezug der davon aufkommenden Einnahmen den betreffenden provinziellen Kommunalverbänden auferlegt wird, mit der Maaßgabe: daß mindestens ein vorher durch das Gesetz zu bestimmender Theil der jenen Verbänden dadurch erwachsenden Mehrkosten (etwa zwei Drittheile) von den Grundbesitzern derselben getragen werden; 2) einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen auf eine bestimmte Reihe von Jahren (etwa 5 Jahre) den Grundbesitzern der ganzen Monarchie, mit Ausnahme derjenigen, welche zur Hauptklasse der Klassensteuer eingeschätzt sind, zu ihren jetzigen persönlichen Abgaben, so weit dieselben von dem Einkommen aus ihrem Grundbesitz erhoben werden, ein Zuschlag von $33^1/_3$ Proz. auferlegt (bei der Einkommensteuer mithin statt 3 Proz. 4 Proz. des Einkommens aus dem Grundbesitz gezahlt) wird. In den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten würde entweder entsprechende direkte Besteuerung der sonst nicht getroffenen Grundbesitzer einzuführen, oder das ihnen nach §. 1 des Gesetzes vom 1. Mai 1851 zur Verwendung für Kommunalzwecke überwiesene Eindrittheil des Rohertrages der Mahlsteuer verhältnißmäßig zu kürzen sein.

Lokales und Provinzielles.

R Posen, 13. März. [Zur Gedächtnißfeier Skrzynecki's.] Wir sind in den Stand gesetzt, in der beregten Angelegenheit nachstehend zwei Ministerial-Erlasse mitzutheilen, welche wie folgt lauten:

„An das kgl. Ober-Präsidium zu Posen. In Folge des gefälligen Berichts vom 20. v. M. erhält das k. Ober-Präsidium in der Anlage die an den Grafen Sierakowski gerichtete Verfügung zur gef. Kenntnißnahme und demnächstigen Aushändigung. Berlin, 6. März 1860. — Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten v. Bethmann-Hollweg. — Der Minister des Innern Graf v. Schwerin."

„An Hrn. Graf Sierakowski Hochgeboren. Auf die an den mitunterzeichneten Minister des Innern gerichtete Beschwerde vom 18. v. M. eröffnen wir Ew. Hochgeboren, daß dieselbe insofern nicht zutreffend erscheint, als ihre Voraussetzung, es sei der kirchlichen Feier für den verstorbenen General v. Skrzynecki irgend ein Hinderniß der Behörden entgegengesetzt worden, nicht richtig ist. Die inzwischen in der Domkirche zu Posen stattgehabte Kirchenfeier giebt hierfür den genügenden Beweis. Berlin, 6. März 1860. — Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten v. Bethmann-Hollweg. — Der Minister des Innern Graf v. Schwerin."

Posen, 13. März. [Ernennungen.] Der Reg. Rath Winckler ist zum Rath bei dem Neuen landschaftlichen Kreditinstitute der hiesigen Provinz und der Reg. Rath Suttinger zum Syndikus bei demselben Institute ernannt worden. — Durch den Evangelischen Oberkirchenrath ist im Einverständnisse mit dem Minister der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten genehmigt, daß der von dem hiesigen königl. Konsistorium zum Konsenior ernannte Pastor Gumprecht in Waschke den Titel eines zweiten Seniors der reformirten Unitätsgemeinden in der hiesigen Provinz mit dem Prädikat „Hochwürden" führe und mit der Stellvertretung des ersten Seniors Dr. Göbel beauftragt werde.

H Meseritz, 12. März. [Geselligkeit; Konzert; Straßenbeleuchtung; Armenwesen.] Die Wintersaison geht uns hier sehr still vorüber, es drückt sich in den Gesichtern und in der allgemeinen Stimmung ein guter Theil Langeweile aus; Jedermann klagt darüber, man rühmt, daß es „früher ganz anders" gewesen und bemüht sich, die entferntliegendsten Umstände dafür verantwortlich zu machen. Die Thatsache, daß die Pulse des geselligen Lebens hier nur sehr matt schlagen, ist jedenfalls zu bedauern, um so mehr, als Meseritz eine Menge Bedingungen für sich hat, die das Gegentheil herbeiführen sollten. Die Gründe dieser Stockung sind ganz dieselben, wie überall in kleinen Städten, wo das Mehr oder Minder von Geldbesitz, von Rang oder eingebildeten Vorzügen eine kastenartige Absonderung und engherzige Scheu vor jedem gemeinschaftlichen Streben herbeiführt. Die Personen, welche derartige Spaltungen herbeiführen oder befürworten, sind freilich am meisten zu bedauern: sie machen sich bewußt oder unbewußt zu Anwalten deutscher Kleinstädterei. — Am Sonnabend gab der k. russische Opernsänger Weiß im Saale der Realschule sein zweites Konzert. Das erste am verflossenen Donnerstage hatte so allgemein befriedigt, daß der Sänger von vielen Seiten gedrängt wurde, noch ein Mal aufzutreten. Der Saal war sehr gefüllt und die Leistungen des Künstlers erwarben sich stürmischen Beifall. Beim Nachhausegehen war die Dunkelheit auf den Straßen sehr beschwerlich. Wir haben allerdings alle Apparate einer geordneten Straßenbeleuchtung, müssen indeß beklagen, daß die Laternen immer nur eine sehr zweifelhafte Dämmerung verbreiten. Ob die Schuld an dem Lampenfabrikanten oder, wie Einige behaupten, am Oelmangel liegt, habe ich noch nicht ergründen können. — Wie viel Armuth es hier im Orte giebt, davon überzeugt man sich am besten an den Tagen, an welchen die armen Leute die Runde in der Stadt machen und ihre Almosen einsammeln. Man begegnet ihnen dann dutzendweise. Ob es angebracht ist, den Leuten diese wöchentlichen Umzüge zu gestatten, möchte ich bezweifeln. Sie entziehen sich damit eine Menge Zeit, die sie ersprießlicher anwenden könnten und dem Publikum wird es lästig. Ein freiwilliger Armenverein, wie er an vielen Orten besteht, in welchem die Mitglieder bestimmte Beiträge zahlen, die dann von einem Ausschusse oder vom Magistrat selbst vertheilt werden, dürfte jedenfalls sachgemäßer sein und den Mißbrauch der Privatwohlthätigkeit verhüten.

Angekommene Fremde.

Vom 13. März.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. v. Montowt aus Kirpehnen und Glöckner aus Tschirndorf, Major v. Schack aus Berlin, Berggeschworner Otto aus Glogau, Markscheider Wittich aus Hirschberg, die Kaufleute Fischer und Trapp aus Berlin, Giesecke und Bierling aus Breslau.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Prakt. Arzt Dr. Kapliński aus Schroda, die Kaufleute Braun aus Elberfeld, Metzbaum aus Frankfurt a. M., Siegert, Moses und Heymann aus Berlin, Schmidt aus Breslau und Dorn aus Leipzig.

HOTEL DU NORD. Rittergutsb. v. Krzyżański jun. aus Sapowice, die Rittergutsb. Frauen v. Moszczeńska aus Jeziorki und v. Zakrzewska aus Baranowo, Wirthsch. Eleve v. Krzyżański aus Rakot und Kaufmann Friedländer aus Berlin.

BAZAR. Die Gutsb. Graf Mielżyński aus Köbnitz, Graf Poniński aus Wreschen, v. Jaraczewski aus Lipno und Tąkiel aus Polen, Bevollmächtigter Podstolski aus Łukowo und Agronom Kraszewski aus Sorkowo.

HOTEL DE PARIS. Wirthschafts-Beamter Walter aus Kruszewo, die Gutsb. v. Chłapowski aus Bagrowo und v. Skoraszewski aus Blizyc.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Behrens aus Aschersleben, Siegert aus Breslau, Werner aus Borek und Schwarz aus Berlin, Rentier v. Balczewski aus Warschau, Gutspächter v. Grabowski aus Uchorowo, Rittergutsbesitzer Dütschke nebst Frau aus Rąbczyn, Kandidat Paten aus Grätz und Gutsb. Gafke aus Słocin.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Wertheim aus Wollstein, Joachimkiewicz aus Zagorowo, Skolnik aus Kleczewo, Fried aus Miłosław und Rosenberg aus Margonin, die Kaufm. Frauen Ryczkowska aus Kleczewo, Hirsch aus Nakel und Michael aus Miłosław, Handelsmann Jacob aus Chludowo, die Handelsfrauen Lewin aus Margonin und Kryger aus Schroda.

KRUG'S HOTEL. Kaufmann Steymann aus Breslau, Böttcher Heider aus Grünberg, die Handelsleute Patzelt aus Heinsdorf und Weber aus Haynau.

PRIVAT-LOGIS. Kaufmann Kornik aus Berlin, Markt Nr. 44.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Krotoschin,
I. Abtheilung.

Das im Krotoschiner Kreise belegene, dem **Nazarius v. Pruski** und seiner Ehegattin **Antonina** gebornen **v. Rożnowska** gehörige Rittergut **Szelejewo,** abgeschätzt auf 211,564 Thlr. 13 Sgr. 2 Pf., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 16. April 1860 Vormittags 9 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Erben des **Joseph v. Pruski** zu **Wieczyn** und die **Nazarius** und **Antonina v. Pruski**schen Eheleute werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Krotoschin, den 30. Juli 1859.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Hauptmann und Fabrikbesitzer **Ernst Kaemmerer** gehörige, unter Nr. 444 zu **Bromberg** in der Kanalstraße belegene Grundstück, und das Fabriketablissement **Mashütte,** Maschinenbauanstalt und Eisengießerei, abgeschätzt auf 48,212 Thlr. 14 Sgr. 4 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

3. September 1860 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Bromberg, den 17. Januar 1860.
Königliches Kreisgericht.

Bekanntmachung

in dem Konkurse über das Vermögen des Zimmermeisters **Carl Hänisch** zu **Jablone.**

Der Bureaudiätar **Miller** zu **Wollstein** ist zum definitiven Verwalter der Masse heute ernannt worden.

Wollstein, den 5. März 1860.
Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

In dem über das Vermögen des hiesigen Kaufmanns **Louis Kunz** eröffneten Konkurse ist der bisherige einstweilige Verwalter, Rechtsanwalt **Bauermeister** hierselbst zum definitiven Verwalter der Konkursmasse ernannt worden, was hiermit bekannt gemacht wird.

Schrimm, den 2. März 1860.
Königliches Kreisgericht. I.
Der Konkurskommissarius.

Möbel-, Waaren- und Wein-Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts hier werde ich **Mittwoch den 14. März c.** Vormittags von 9 Uhr ab in dem **Auktionslokal Magazinstraße Nr. 1**

Birken- und Elsen-Möbel,

als: Sopha, Kommoden, Kleider-, Glas- und und Küchenspinde, Spiegel, Stühle, Koffer, einen Ladentisch, **10 Mille theils gute Cigarren,** Paket-Tabake, Cichorien, Streichhölzer, Gries, Chokoladenmehl, einen Dampfkaffeebrenner, Kleidungsstücke, **136 Bouteillen Rothwein,** St. Julien und Burgunder, und diverse kurze Waaren öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern. **Zobel,** gerichtlicher Auktionator.

Champagner-Auktion.

Bei Gelegenheit der am 15. März c. am alten Markt Nr. 88 stattfindenden Auktion kommen auch noch **für auswärtige Rechnung**

2 Körbe Champagner

in einzelnen Partien zur öffentlichen Versteigerung. **Lipschitz,** Auktionskommissarius.

Ein Gut von 800—1400 Morgen guten Bodens wird zu kaufen gesucht. Selbstverkäufer belieben Anschläge und Kaufbedingungen unter Chiffre A. K. **Buk** poste rest. portofrei einzusenden.

L. Heymann aus **Berlin,** angekommen im Gasthof zum „Schwarzen Adler."

Strohhüte werden zum Waschen, Modernisiren und Färben angenommen und nach **Berlin** befördert von **Marie Elkan,** Schloßstr. 2.

Barleben's Hof

werden die anerkannt besten schlesischen Steinkohlen, der Scheffel frei ins Haus für 9 Sgr. 4 Pf. und auf dem Lager zu 8 Sgr. 10 Pf., verkauft.

Kiefer-Samen,

(pinus sylvestris), mit Garantie für die Keimfähigkeit, offerirt billigst **H. Gaertner,** Forstverwalter in **Schönthal** bei Sagan in Schlesien.

Auf hiesiger Darre ist eine bedeutende Quantität guter keimfähiger **Kiefern-Samen,** à 15 Sgr. pro Pfd., zu haben.

Kujan bei **Flatow,** den 10. März 1860.
Prinzliches Forstamt.
Borck.

Zum Verkauf liegen in **Schwerin a. W. 6 bis 800 Zentner Heu** bester Qualität, à Ctr. 22 Sgr. 6 Pf., bei

Wilh. Jastro,
Fleischermeister und Gasthofsbesitzer.

Ein fünfjähriger **schwarzer Wallach,** 5' 4" groß, stark, gesund und elegant, steht zum Verkauf Dom. **Trebschen** bei **Züllichau.**

Nach der Schur stehen aus meiner reinen, feinen Negretti-Heerde circa 300 Stück junge Zuchtschafe zum Verkauf. Schurgewicht im vorigen Jahre 22 Stein p. 100 Köpfe.

Hohenholz bei Tantow, Berlin-Stettiner Eisenbahn.
Baron **v. Eickstedt-Peterswaldt.**

Frühjahrs-Mäntelchen und Mantillen

in großer Auswahl vorräthig zu billigen Preisen bei

S. H. Korach,
Wasserstr. 30.

Mein wiederum auf das **Vollständigste** sortirtes
Magazin von Küchen- und Hausgeräthen,
empfehle ich der geneigten Beachtung des geehrten Publikums.
S. J. Auerbach in **Posen.**

Das erste und größte Destillationsgeschäft in Warschau

nebst dazu gehörigem Grundstück ist **sofort,** wie es steht und liegt, zu verkaufen. Der Nettogewinn des Geschäfts war Jahr aus Jahr ein nie unter 20,000 Thlr., wohl aber darüber. Die Waarenvorräthe werden nur nach dem Einkaufs- und resp. Selbstkostenpreise berechnet. Sämmtliche Geschäftsutensilien werden mit 3/5 ihres **Werthes,** wie sie das Utensilienkonto nachweist, mit verkauft. Als Minimum zur Uebernahme dieses Kaufgeschäfts ist ein Kapital von 32—33,000 Thlr. baar erforderlich. Nähere Auskunft hierüber ertheilt ein jetzt in **Posen** anwesender dazu Beauftragter, wohnhaft **Hôtel de Berlin,** Zimmer Nr. 2, jedoch nur bis zum 17. März c. täglich Vormittags von 9 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr.

Die neuen Pariser Frühjahrs-Façons von

Mäntelchen und Mantillen

sind eingetroffen.

Gelungene **Copien** in den verschiedensten Stoffen kommen täglich aus Arbeit.

Stoffe und **Besätze** zu Confektiones in größter Auswahl.

Anton Schmidt.

Von der Frankfurter Messe zurückgekehrt, empfehle als **besonders** preiswürdig:

150 Stück **Napolitaines** u. **Lamas,** die Berl. Elle 3, $3\frac{1}{4}$, $3\frac{1}{2}$ Sgr.
100 „ **Poil de Chèvre,** „ „ „ $3\frac{1}{2}$, $3\frac{3}{4}$, 4 „
100 „ **Satin laine à caro & rayé** „ „ 5 Sgr.
100 „ dito dito „ „ $5\frac{1}{2}$, 6 Sgr.
4/4 **Cattune,** hell und dunkel . . . . . „ „ 3, $3\frac{1}{2}$ „
5/4 **franz. Cattune,** hell und dunkel . . . „ „ 4, $4\frac{1}{2}$, 5 Sgr.
5/4 „ **Jaconetts (Batiste)** . . . „ „ 4, $4\frac{1}{2}$, 5 „
5/4 **englische Mohairs** . . . . . . „ „ 6, $7\frac{1}{2}$—10 „

Sämmtliche Artikel sind von solider **guter** Qualität und in den **neuesten** Mustern.

Bei Abnahme ganzer Stücke (60—70 Ellen) berechne Engros-Preise.

Anton Schmidt

(Modewaaren-Lager.)

Zu Einsegnungen

empfehle ich schwarzen **Camlot, Twild, Thybet, Tücher, Mantillen** u. dgl. m. zu höchst **billigen Preisen.**

S. H. Korach,
Wasserstr. 30.

על פסח

Fein destillirten Spiritus à 90 und 80% empfing ich kommissionsweise und verkaufe denselben auffallend billig.

Meyer Hamburger,
Judenstraße 30.

יין שרף של פסח בהכשר בד״צ

Auch in diesem Jahre habe ich eine Quantität **Osterbranntweine** und **Liqueure** angefertigt, deren Qualität dadurch, daß ich der Entfuselung des gewöhnlich sehr schlecht ausfallenden Rohspiritus die größte Aufmerksamkeit gewidmet, so vorzüglich geworden, wie solche wohl noch nicht vorgekommen.

Die Preise stelle ich verhältnißmäßig billig und bitte um gütige Aufträge.

Hartwig Kantorowicz,
Wronkerstraße Nr. 6.

על פסח

Gute französische Weiß- und Rothweine, wie auch Grüneberger Wein, Honig, Butter und Backobst bei

M. Brandenburg, Wronkerstr. 19.

Geräucherte und **marinirte Aale** in bester Qualität empfiehlt billigst

Carl Reppich, Sapiehaplatz 7.

Eine in Stahl eingefaßte, in einem grünen Futteral befindlich gewesene Brille ist auf dem Wege vom schwarzen Adler nach St. Martin verloren gegangen. Der Finder erhält in der Weinhandlung des Herrn Kaufmann **Kempner** eine Belohnung.

2 Thaler Belohnung.
Am Freitag, den 9. d. M., um 8 Uhr Abends, ist aus dem Hause Bergstraße Nr. 15, 1 Treppe, ein ganz kleiner brauner Hund, Windspielart, ohne Marke, entlaufen.

Stadttheater in Posen.

Dienstag, wegen Unwohlsein der Frau Seyler-Blumenthal fällt die für heut arrangirte Oper: „Fra Diavolo" aus, dafür auf Verlangen: **Wie geht's dem Könige?** Lustspiel in 5 Akten von Müller.

Mittwoch bleibt die Bühne wegen Vorbereitung zu: „Einer von unsere Leut'," geschlossen.

Donnerstag, zum ersten Male: **Einer von unsere Leut'.** Charakterbild mit Gesang in 3 Akten und 8 Bildern von O. F. Berg und D. Kalisch. 1. Bild: Am Vorabend großer Ereignisse. 2. Bild: Altes und neues Testament. 3. Bild: Wie du mir so ich dir. 4. Bild: Abällino, der große Bandit. 5. Bild: Der Wecker zur rechten Zeit. 6. Bild: Die gefährliche Apotheke. 7. Bild: Beim billigen Mann. 8. Bild: Einer von unsere Leut'.

Freitag, zum zweiten Male: **Einer von unsere Leut'.**

Sapiehaplatz Nr. 14 ist im 2. Stock eine Stube nach vorn zu vermiethen. Näheres daselbst Parterre rechts.

Ein Lagerkeller am Markt,
geräumig und trocken, ist zu vermiethen und kann sofort oder vom 1. April c. bezogen werden. Das Nähere zu erfahren im Cigarrengeschäft **Breitestraße Nr. 9.**

Breitestraße 15 sind Wohnungen zu vermiethen.

Breslauerstr. 15 sind 2 möbl. Stuben zu verm.

Ein einzelner Israelit wünscht sich bei einer anständigen jüdischen Familie in der Breiten-, Breslauerstraße, am Markt, oder in der Nähe desselben einzumiethen, im Parterre oder eine Treppe hoch; zu melden Wronkerstraße Nr. 19 im Laden.

Sollte eine ordentliche kinderlose Familie willens sein, einen ältlichen Mann unter vortheilh. Bedingungen zu pflegen, so erfährt sie das Nähere Büttelstr. 15 bei Herrn **Przybylski,** 2 Tr. hoch.

Ein Kommis für ein Kolonialwaaren-Geschäft, außerhalb **Posens,** wird zum 1. April c. gesucht.
Nähere Auskunft ertheilt **J. J. Kottwitz** zu Posen, Wasserstr. 26, 2 Treppen.

Ein noch im Dienste stehender verheiratheter **Kunstgärtner** sucht zum 1. April oder Johanni c. eine Stellung. Näheres beim Kunstgärtner zu **Ludom** bei **Obornik.**

Ein anständiges Mädchen sucht zur Stütze der Hausfrau oder bei einer alten Dame ein Engagement. Näheres bei Mad. **Karczewska** Wallischei Nr. 3.

Ein **Cand. phil.,** welcher das Examen pro rectoratu abgelegt hat, und fähig ist, Zöglinge zu den höheren Gymnasialklassen vorzubereiten, beider Landessprachen mächtig und dabei musikalisch, sucht vom 1. Mai d. J. ab eine entsprechende Stellung. Nähere Auskunft darüber ertheilt der Kaufmann Herr **M. J. Kamieński, Leinwandhandl.** im **Bazar.**

M. 14. III. 7 A. M. C. u. B.

Letzter öffentlicher Vortrag
des naturw. Vereins Mittwoch den 14. März c. um 5 Uhr Nachmittags im **chemischen Laboratorium** der Realschule. **Szafarkiewicz:** „Das Leuchtgas als Heizmaterial."

Verein junger Kaufleute.
Mittwoch den 14. d. M. Abends **8** Uhr **Naturhistorischer** Vortrag des Herrn Dr. **Bail.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Schloß Großdorf: Frl. E. Bloch mit Lieut. H. v. Oppen; Rudnik: Frl. H. v. Selchow mit Lieut. M. Baron v. d. Goltz; Beeskow: Frl. Fr. Luhme mit Rittmeister Ph. Rode; Helmstedt: Frl. D. Schütte mit Hrn. W. Overlach; Nieder-Schönau: Frl. O. Lampert mit Rittergutsbes. Schubert; Neisse: Frl. K. v. Donat mit Lieut. Schodstädt; Breslau: Frl. S. Fuchs mit Kaufm. Blau

Verbindungen. Berlin: Dr. Feiler mit Frl. M. Wildgrube; Laasan: Dr. med. Anderson mit Frl. A. Thiel.

Todesfälle. Geh. Rath a. D. C. Philippi in Potsdam, Major Frhr. v. Müffling gen. Weiß in Köln, Rittergutsbes. F. W. Werner v. Bandemer in Weitenhagen, Regierungs-Direktor a. D. A. Gebel in Groß Glogau, Pastor E. Fischer in Sundhausen bei Nordhausen, Appellationsger.-Direktor Frhr. Dr. L. v. Schmidtfeld in Meiningen, ein Sohn des Pastors H. Hoffmann in Halle.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 13. März 1860.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	84½	—	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „	100	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	104¾	—	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	112½	—
Posener 4 „ Pfandbriefe	100½	—	—
„ 3½ „ „	—	90	—
„ 4 „ neue „	—	87¾	—
Schles. 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	82	—	—
Poln. 4 „ „	86½	—	—
Posener Rentenbriefe	91¼	—	—
„ 4% Stadt-Oblig. II. Em.	89	—	—
„ 5 „ Prov. Obligat.	96	—	—
„ Provinzial-Bankaktien	74	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86¾	—
Ausländische Banknoten	—	—	—

Roggen zu niedrigeren Preisen gehandelt, schließt matt, gekündigt 25 Wispel, pr. März 45½ bez., Frühjahr 45½—⅓ bez., April-Mai 45⅓—¼—⅓ bez., Mai-Juni 45⅓ bez.

Spiritus (pr. 8000 % Tralles) gut behauptet und fest schließend, gekündigt 9000 Quart, loko (ohne Faß) 15⅓—15⅝ Thlr., mit Faß pr. März 16⅓ bez., April 16⅓ bez., April-Mai 16 7/12 Gd., ¾ Br., Mai-Juni 16⅚ Gd., 17 Br., Juni 17 bez.

Thermometer- und Barometerstand so wie Windrichtung zu Posen vom 5. bis 11. März 1860.

Tag.	Thermometerstand. tiefster	höchster	Barometerstand.	Wind.
5. März	— 0,0°	+ 2,0°	27 Z. 6,2 L.	S.
6. „	— 1,0°	+ 0,3°	27 „ 9,0 „	NW.
7. „	— 1,8°	— 1,7°	27 „ 10,5 „	N.
8. „	— 5,6°	— 1,0°	27 „ 9,0 „	NW.
9. „	— 4,0°	— 3,5°	27 „ 8,9 „	NW.
10. „	— 7,0°	— 2,0°	27 „ 8,7 „	NW.
11. „	— 8,0°	— 5,0°	27 „ 8,2 „	W.

Wasserstand der Warthe:
Posen am 12. März Vorm. 8 Uhr 5 Fuß — Zoll.
„ 13. „ „ „ 4 „ 9 „

Produkten-Börse.

Berlin, 12. März. Wind: Süd-West. Barometer: 28. Thermometer: früh 3° —. Witterung: abwechselnd leicht bewölkt.

Weizen loko 59 a 72 Rt. nach Qualität.

Roggen, loko 52 a 53 Rt., p. März 52¾ a 52¼ Rt. bez., p. April 50¼ Rt. bez., p. Frühjahr 50 a 49½ a 49¾ Rt. bez., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 50 a 49½ Rt. bez. u. Gd., 49¾ Br., p. Juni-Juli 49¾ a 49¼ Rt. bez. u. Gd., 49½ Br., p. Juni 50 a 49⅞ Rt. bez.

Große Gerste 33 a 45 Rt.

Hafer, loko 25 a 30 Rt., p. März 28 Rt. bez., p. Frühjahr 27½ Rt. bez. u. Gd., p. Mai-Juni 28 Rt. Br., 27 bez. u. Gd., p. Juni-Juli 28½ Rt. bez.

Rüböl, loko 11¾ Rt. Br., p. März u. März-April 11⅝ Rt. bez. u. Br., p. April-Mai 11 11/12 a 11¾ Rt. bez., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 11 11/12 u. 11⅞ Rt. bez. u. Br., 11⅝ Gd., p. Sept.-Oktbr. 12⅝ a 12 7/12 Rt. bez. u. Gd., 12⅝ Br.

Spiritus, loko ohne Faß 17⅛ a 17¼ Rt. bez., mit Faß —, p. März und p. März-April 17¼ Rt. bez. u. Gd., 17¼ Br., p. April-Mai 17⅓ a 17 5/12 Rt. bez., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 17⅝ a 17⅝ Rt. bez. u. Gd., 17¾ Br., p. Juni-Juli 18 Rt. bez. u. Br., 17 11/12 Gd., p. Juli-August 18⅛ a 18⅓ Rt. bez. u. Br., 18¼ Gd., p. August-Sept. 18½ Rt. bez. u. Gd., 18⅝ Br.

Weizenmehl 0. 4 5/12 a 4¾ Rt., 0. u. 1. 4 a 4 5/12 Rt. — **Roggenmehl** 0. 3⅝ a 3 11/12 Rt., 0. u. 1. 3¼ a 3 7/12 Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 12. März. Vorherrschend Frost.
Weizen, loko p. 85pfd. gelber 66—68 Rt. bez., p. Frühjahr 85pfd. vorpomm. 70 Rt. Gd., inl. 69 Rt. Br., 68½ Gd.

Roggen, loko Kleinigk. p. 77pfd. 47, ½, ¾, 48 Rt. bez., 77pfd. p. März 48 Rt. Br., p. Frühjahr 46½, ¼ Rt. bez., 46¼ Br. u. Gd., p. Mai-Juni 46 Rt. bez. u. Br., p. Juni-Juli 46½ ¼ Rt. bez., ½ Br., ¼ Gd., p. Juli 47 Rt. bez.

Gerste und Hafer ohne Handel.

Rüböl, loko 11⅝ Rt. bez., 12 Br., kurze Lief. 11⅝ Rt. bez., p. April-Mai 11⅝ Rt. bez., p. Juni-Juli 12⅙ Rt. bez., p. Septbr.-Okt. 12⅓, 11/24 Rt. bez.

Spiritus, loko ohne Faß 16 11/12, ⅝ Rt. bez., mit Faß 17 Rt. bez., p. März u. März-April 17⅓ Rt. Br., 17 Gd., p. Frühjahr 17⅙ Rt. Gd., ¼ Br., p. Mai-Juni 17⅓ Rt. bez. u. Gd., 5/12 Br., p. Juni-Juli 17¾ Rt. Br., p. Juli-August 18 Rt. Br. u. Gd. (Ostf. Z.)

Breslau, 12. März. Die Kälte steigerte sich während der Nacht bis — 6°. Heute am Tage hell und winterlich.

Weißer Weizen 68—73—76—80 Sgr., gelber 65—68—71—74 Sgr.
Roggen 53—54—57—59 **Sgr.**
Gerste 44—46—48—50 Sgr.
Hafer 26—28—31½ Sgr.
Erbsen 48—50—54—56 Sgr.
Oelsaaten. Raps 95—98—100 Sgr.

Rother Kleesamen ordinärer 8—9 Rt., mittler 9½—10½ Rt., feiner 10½—11 Rt., hochfeiner 11½—12 Rt., weißer ord. 18—21 Rt., mittel 21½—23, fein 23½—24, hochfein 24½—25 Rt.

An der Börse. Rüböl, loko, 11½ Rt. Br., p. März u. p. März-April 11 5/12 Rt. Br., p. April-Mai 11 5/12—11⅓ Rt. bez., p. Mai-Juni 11½ Rt. Br., p. Sept.-Okt. 12⅙ Rt. bez.

Roggen, p. März und p. März-April 44½—44¾—44½ Rt. bez., p. April-Mai 44½—44 Rt. bez., p. Mai-Juni 44½ Rt. Br.

Spiritus, loko 16½ Rt. Gd., p. März u. p. März-April 16½ Rt. Gd., p. April-Mai 16⅝ Rt. bez., p. Mai-Juni 17 Gd.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 16¼ Rt. Gd. (Br. Hdlsbl.)

Hopfen.

Alost, 10. März. Hopfen 60—66 Fr. pro 100 Kil.

München, 10. März. Hopfen. Umsatz 80 Ztr., Rest 52 Ztr. Holledauer Waare 110 Fl. Spalter Stadtgut 150 Fl. Spalter Umgegend 120—130 Fl. Fränkische Landwaare 80—100 Fl. pro 112 Zoll-Pfd.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 12. März 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	72¾ B
Aachen-Mastricht	4	16¾ B
Amsterd. Rotterd.	4	69¼ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	73½ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	103½ bz
Berlin-Hamburg	4	102½ G
Berl. Potsd. Magd.	4	121½ bz
Berlin-Stettin	4	95½ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	80¼ bz
Brieg-Neiße	4	48½ bz u G
Cöln-Crefeld	4	72½ B
Cöln-Minden	3½	120 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. Stamm-Pr	4½	— —
do. do.	5	— —
Löbau-Zittauer	4	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	128 bz
Magdeb. Halberst.	4	182 bz
Magdeb. Wittenb.	4	33½ B
Mainz-Ludwigsh.	4	96 G
Mecklenburger	4	42¾-44 bz u B
Münster-Hammer	4	89½ G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	91 bz
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	5	— —
Nordb., Fr. Wilh.	4	48⅛ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	112½ B
do. Litt. B.	3½	107-¼ bz
Oest. Franz. Staat.	5	130½ G
Oppeln-Tarnowitz	4	29 G
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	48⅛ B
Rheinische,	4	78½ bz u G
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	42¾ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Stargard-Posen	3½	81¼ B
Thüringer	4	98 G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	117 B
Berl. Handels-Ges.	4	75¼ G
Braunschw. Bk. A.	4	70 B
Bremer do.	4	97 B
Coburg. Kredit-do.	4	53¾ Kl. bz
Danzig. Priv. Bk.	4	78½ etw bz
Darmstädter abgst.	4	60¾ bz u G
do. Ber. Scheine	—	— —
do. Zettel-B. A.	4	89½ bz
Dessauer Kredit-do.	4	19½ bz
Disk. Comm. Anth	4	80½ bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	26¼ bz
Geraer do.	4	70 G
Gothaer Priv. do.	4	70 G
Hannoversche do.	4	90 B
Königsb. Priv. do.	4	82½ G
Leipzig. Kredit-do.	4	55¾ etw bz u G
Luxemburger do.	4	70 B
Magdeb. Priv. do.	4	76 B
Meining. Kred. do.	4	64 B
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	82½ bz
Oestr. Kredit- do.	5	71½-¾-¼ bz
Pomm. Ritt. do.	4	73½ G
Posener Prov. Bank	4	73½ G
Preuß. Bank-Anth.	4½	130½ bz
Rostocker Bank Akt.	4	— —
Schles. Bank Verein	4	72¼ G
Thüring. Bank-Akt.	4	50¼ bz
Vereinsbank, Hamb.	4	98 G
Waaren-Kred. Anth.	5	91 B
Weimar. Bank-Akt.	4	78¼ B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	84 etw bz u G
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	67 B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	66 B
Minerva, Bergw. A.	5	28½ G
Neustädt. Hüttenv. A	5	4¾ B p. Stck.
Concordia	4	— — [fco. Zins.
Magdeb. Feuervers. A	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	84½ B
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	101¾ B
do. II. Ser.	5	101¼ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	72 bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	— —
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	93¾ G
do.	4½	98½ B
Berlin-Hamburg	4½	102 G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	90¼ G
do. Litt. C.	4½	99 bz
do. Litt. D.	4½	97¾ B
Berlin-Stettin	4½	98⅛ B
do. II. Em.	4	83⅜ B
do. III. Em.	4	80¾ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	89½ G
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	99½ G
do. II. Em.	5	102¼ G
do.	4	85¾ G
do. III. Em.	4	82 B
do.	4½	89 bz
do. IV. Em.	4	79¾ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	91¼ G
do. conv.	4	90¾ G
do. conv. III. Ser.	4	87½ B
do. IV. Ser.	5	102¼ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	100 G
Oberschles. Litt. A.	4	91 G
do. Litt. B.	3½	78 G, C. 84¾ G
do. Litt. D.	4	84¾ B
do. Litt. E.	3½	72½ bz
do. Litt. F.	4½	89½ bz
Oestreich. Französ.	3	251½ bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	98½ B, II. —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	85 B
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	82¾ B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	100¼ G
do. III. Ser.	4½	98½ G
do. IV. Ser.	4½	96 bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	99⅞ bz
Staats Anl. 1859	5	104¼ bz
do.	4½	99¾ bz
do. 1856	4½	99¾ bz
do. 1853	4	93¾ G
N. Präm St A 1855	3½	113½ B
Staats-Schuldsch.	3½	84⅛ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	81⅛ G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	99¾ B
do. do.	3½	81⅞ B
Berl. Börsenh. Obl.	5	103¼ G
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	87¾ B
do.	4	98 B
Ostpreußische	3½	81⅛ G
do.	4	90 G
Pommersche	3½	86¾ G
do. neue	4½	95-⅛ bz
Posensche	4	100 G
do.	3½	90 G
do. neue	4	88 bz
Schlesische	3½	87¾ G
B. Staat gar. B	3½	— —
Westpreußische	3½	81 G
do.	4	89½ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	93⅛ bz
Pommersche	4	93 bz
Posensche	4	91¼ bz
Preußische	4	92 G
Rhein- u. Westf.	4	93¼ G
Sächsische	4	93½ G
Schlesische	4	93¾ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	51 G
do. National-Anl.	5	57¼-⅛-¼ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	77½ B
do. neue 100fl. Loose	—	51¼ bz
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	94½ G
6. do.	5	105 G
Englische Anl.	5	106¼ G
N. Russ. Egl. Anl.	3	63½ B
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	83 bz
Cert. A. 300 Fl.	5	92¾ G
do. B. 200 Fl.	—	22¾ G
Pfdbr. u. in S R.	4	86⅛ bz
Part. O. 500 Fl.	4	89½ B
Hamb. Pr. 100 BM	—	85½ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	42 bz
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	29½ G
Dessau. Präm. Anl.	3½	92 etw bz u G

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 2½ G
Louisd'or	—	108⅜ bz
Sovereigns	—	6. 19 B
Napoleonsd'or	—	5. 8⅜ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	453½ G
Dollars	—	1. 10¾ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 20 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz u B
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ bz u B
Fremde kleine	—	99 G
Oestr. Banknoten	—	75 bz
Poln. Bankbillet	—	86⅞ bz u G

Wechsel-Kurse vom 10. März.

Amsterd. 250 fl. kurz	3	142⅝ bz
do. 2 M.	3	141⅞ G
Hamb. 300 Mk. kurz	2	150¾ bz
do. do. 2 M.	2	150⅜ bz
London 1 Lstr. 3 M.	2½	6. 17⅞ G
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79 G
Wien öst. W. 8 T.	—	74½ bz
do. do. 2 M.	6	74 bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56. 24 bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 26 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99⅜ bz
do. do. 2 M.	4	99 5/12 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	5	96 G
Bremen 108 Tlr. 8 T	3½	108 G
Warschau 90 R. 8 T.	—	86⅞ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

An der heutigen Börse bessere Stimmung, der Verkehr jedoch nur sehr schwach.

Breslau, 11. März. Bei fester Stimmung waren die Kurse im Allgemeinen höher, das Geschäft blieb jedoch von geringem Umfange.

Schlußkurse. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 71¼-71½ bez. u. Gd. Schlesischer Bankverein 72¼ bez. u. Gd. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 80¾ Br. dito 4. Emiss. —. dito Prior. Oblig. 83½ Br. dito Prior. Oblig. 89 5/12 Gd. Köln-Mindener Priorit. 80½ Br. Neisse-Brieger 48¼ Gd. Niederschlesisch-Märkische —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 112 Gd. dito Lit. B. 106¾ Gd. dito Prior.-Obligat. 85 Br. dito Prior. Oblig. 89 7/12 Br. dito Prior. Oblig. 72 11/12 Br. Oppeln-Tarnowitzer 30¼ Br. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) 35¼ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Obigl. —. dito Stamm-Pr. Obl. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.